

DIE WARE.

07

Willkommen im neuen Jahrtausend:

Krieg, Überwachung, Stoiber

Schlimmer geht's immer!

Da hatten wir das alte Jahrhundert endlich hinter uns gebracht, und was bringt uns das Neue? Mehr Krieg, mehr Überwachung, mehr Sozialraub und mehr Stoiber. Die meisten Beiträge dieser Ausgabe von DIE WARE. handeln von diesen Dingen und lassen einen beinahe verzweifeln. Enttäuschte Reformhoffnungen unter ‚rot-grün‘, die Penetranz der herrschenden Diskurse, und das Gefühl eigener individueller Ohnmacht lassen Depression und Lethargie um sich greifen.

„Äußere und innere Aufrüstung

Wer das neue Jahrtausend mit der Hoffnungen auf mehr Frieden verband, dürfte schon jetzt bitter enttäuscht sein: Nach den grauenhaften Terroranschlägen vom 11. September überziehen die USA und ihre Verbündeten große Teile Afghanistans mit Bombardements und der ‚Krieg gegen den Terror‘ droht auch noch auf andere Staaten ausgedehnt zu werden. Die Lage im Nahen Osten eskaliert und es droht eine Ausweitung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern zu einem offenen Krieg. Und das ist nur die aus TV und Zeitungen bekannte militärische Gewalt. Weitgehend unterbeachtet bleiben die vielen Bürgerkriege, die die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent seit Jahrzehnten quälen und die hierzulande kaum noch jemanden zu interessieren scheinen.

Bilanzieren wir im Jahr der nächsten Bundestagswahlen schließlich die Arbeit der ‚rot-grünen‘ Bundesregierung, so müssen wir schlicht konstatieren, dass der unter Kohl und Rüge eingeschlagene Weg der außenpolitischen Militarisierung nicht nur weitergegangen,

sondern mit Kriegsbeteiligungen, NATO-Selbstmandatierungen und Umrüstung der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Interventionstruppe sogar noch radikalisiert worden ist. Getreu der Losung: Nie wieder Krieg ohne uns!

Doch die auferüstet wird nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch bei der sogenannten INNEREN SICHERHEIT. Schilly Sicherheitspakete machen aus der Bundesrepublik ein politisches Panoptikum; Regelanfrage beim Verfassungsschutz, Einschränkung des Datenschutzes, Überwachung und Rasterfandung inklusive. Kombiniert mit dem aktuellen Entwicklungsstand der biometrischen und thermo-optischen Technik ergibt sich ergiebige Instrumentenkofferchen für Polizei, Geheimdienste und Staatsanwaltschaften, welches noch seine guten Dienste leisten wird, wenn es darum geht, sozialen Widerstand einzuschüchtern und unliebsame EinwanderInnen loszuwerden oder zu diskriminieren.

„Die Bundestagswahlen 2002

Drei Jahre hatten SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Zeit, um den vollmundig angekündigten sozialen und ökologischen Wandel einzuleiten, doch wer im Jahre 1998 darauf gesetzt hatte, wurde bitter enttäuscht: Eine Steuer- und Rentenreform aus dem neoliberalen Lehrbuch, einen Atom-Ausstieg „schon“ in 30 Jahren, und jetzt, da die Arbeitsmarktdaten angesichts der schwachen Konjunktur und einer verfehlten Wirtschafts-, Geld- und Fiskalpolitik nicht mehr werbewirksam genug gerechnet werden können, brechen alle Dämme: Ein Niedriglohnsektor, verbunden mit Mil-

lionen Euro an Subventionenzahlungen an das Kapital, soll das Problem lösen, also Krisenlösung durch Krisenverschärfung.

Und als sei dies alles noch nicht schlimm genug, wird uns nun auch noch ein Wahlkampf Schröder vs. Stoiber aufgenötigt. Das bedeutet auch, dass es wohl eher noch schwieriger werden dürfte, linke Alternativen zu Sozialabbau, Krieg und nationalistischer Abschottungspolitik in die öffentlichen Auseinandersetzungen zu transportieren. Vielmehr droht uns ein CDU-Wahlkampf Marke Haider-light und ein rot-grünes Kontra Marke „Wir sind das kleinere Übel“. Der PDS mit einem möglichst guten Ergebnis in den nächsten Bundestag zu verhelfen, könnte sich für die bundesdeutsche Linke in dieser Konstellation als geradezu existenziell herausstellen. Notwendig wird es in jedem Fall sein, sich in die neuesten sozialen Bewegungen, wie sie sich vor allem in den globalisierungskritischen Netzwerken und in kritischeren Gewerkschaftskreisen zu etablieren beginnen, einzumischen und auf diese Weise zu neuen gesellschaftlichen Bündnissen zu gelangen, die langfristig einen fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Umschwung erzwingen können.

Die Hoffnung stirbt immer zuletzt!

PREVIEW:



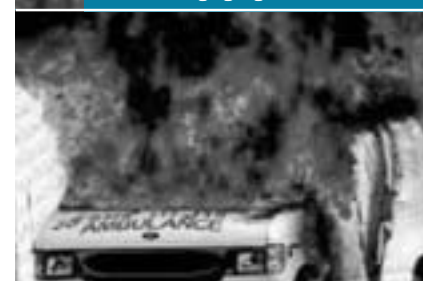
03 + 12 E. Stoiber



03 Zum Otto-Katalog



04 Krieg gegen den Terror



05 Naher Osten

>> klick it: www.solid-web.de

FORUM

Es ist nicht alles Gold, was glänzt! - Warum E. Stoibers Politik auch mal in die 'Krachlederne' geht.
_Michael Lindner... 03

Schily & Co. schleifen die Grundrechte - Aber der 'Otto-Katalog' scheint niemanden zu stören.
_Petra Pau | MdB PDS... 03

schwerPUNKT
Internationales

Junge us-amerikanische Sozialisten und der Terror [dokumentiert] ... 04

Der 'Krieg gegen den Terror' und die Normalisierung des Militärischen - Zum Scheitern der außenpolitischen Wende unter 'rot-grün'.
_Jens Prietzel... 04

Terror und Gegenterror: Kein Frieden im Nahen Osten - Nur Gerechtigkeit schafft Frieden und kann die Spirale der Gewalt stoppen.
_Rouzbeh Taheri... 05

Krieg als Dienstleistung - Das lukrative Geschäft mit Söldnern.
_Gregor Mohlberg... 05

Who the fuck is Tobin?
_Fabio De Masi... 06

Das globale Netzwerk ATTAC: Der Anspruch einer neuen Bewegung - Globalisierungskritik auf der Suche nach dem politischen Ich.
_Frank Henschel... 06

Buena Vista EURO Club?! Der Euro ist da. - Und nun? - Zu den wirtschaftspolitischen Folgen der Euro-Einführung.
_Fabio De Masi... 07

Das GATS und sein Folgen
_David Hachfeld... 07

INHALT

DIE WARE.



KULTUR

Bin ich Ami, bin ich Laden - Sozialdemokraten im Krieg: die Abschaltung des Restverständes mit humanitärer Hilfe
_Wiglaf Droste... 08

Thermometer der Gesellschaft? - Fantasy- und Science Fiction
_Markus Jakovac... 08

Buchrezension: Robert Connell Clarke: „Haschisch“ ... 08

Comiczension: The Red Star ... 08

RAUSCH & DROGEN

Böse Menschen aus vier Jahrtausenden
_Carsten Labudda... 09

AKTION: Es ist Zeit, sich zu zeigen...
Weil ich gelegentlich Cannabis konsumiere ... 09

„Zeig Dich!“-Aktion 100.000:
www.zeig-dich.de
_Anja Stössl... 09

INTERAKTIV

Ja, ich will! [solid] sucht: RedakteurInnen!!! ... 10

SPIEL: Heia Safari mit Osama - Ein Würfelspiel für 2 bis 6 SpielerInnen ... 10

LeserInnenbriefe ... 10

VERBAND&SERVICE

Latschen und Frieren braucht Vorbereitung: Ein Rückblick auf die diesjährige Luxemburg-Liebkecht-Demo.
_P. Roll... 11

Halle an der Saale, wir kommen! - Die 3. BDK vom 5. bis 7. April 2002.
_Katja Haese & Carsten Labudda... 11

Adressen - Alle Landesverbände von [solid] ... 11

Seminare 2002 - Beste Bildung! ... 11

ABSTURZ

Rouzbeh Taheri: Unser Mann im Parteivorstand - Wie ich beinahe einen III. Weltkrieg provozierte ...
_Rouzbeh Taheri... 12

Die Sache mit dem Stoiber
_Nick Williams... 12

Als Rolf sein Ich wiederfand...
_darkrond... 12

Gedicht: Flugzeuge im Bauch
_Boris T. Kaiser & Alexander K. Girtsios... 12



Impressum

Redaktion:
Maren Busser, Sascha Däubner, Oliver Enste, Martin Haller, Markus Jakovac, Frank Megelat, Gregor Mohlberg, Michael Lindner, Katrin Lübke, Jens Prietzel

Gestaltung:
Maren Busser, Martin Haller, Markus Jakovac, Katrin Lübke, Gregor Mohlberg, Jens Prietzel

Herausgeber:
[solid] – die sozialistische jugend e.V.



Kontakt:
[solid] - die sozialistische jugend.
Bundeskommision Kultur & Medien
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
e-mail: redaktion@dieware.de

Kontoverbindung:
solid e.V.
Berliner Bank
Kontonummer 4393851500
Bankleitzahl 100 200 00
Verwendungszweck DIE WARE

Druck:
Caro Druck, Frankfurt/Main

Vertrieb:
DIE WARE. erscheint 3mal im Jahr und ist für Mitglieder kostenlos beim Bundesverband, den Landesverbänden und den Ortsgruppen erhältlich. Nichtmitglieder können die Zeitschrift gegen eine Kostenaufwandspauschale von 10,00 DM für vier Ausgaben beim Bundesverband abonnieren. Ansonsten wird die Zeitschrift kostenlos abgegeben. Verteiler und Aktionsgruppen haben gegen eine kleine Spende aber im Grunde nichts einzuwenden.

Presserechtliche Verantwortung:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion oder des Verbandes wieder. Für ihre Artikel übernehmen die AutorInnen die Verantwortung im Sinne des Presserechts.



[Michael Lindner] Nun ist er da, der Retter der CDU. Edmund Stoiber heisst er, bayerischer Ministerpräsident aus dem mondänen Örtchen Wolfratshausen. Er wird als Retter der CDU/CSU gefeiert (ähnlich wie Frau Merkel übrigens) und soll Deutschland - ähnlich wie Bayern - aus dem wirtschaftlichen Tief in eine glückliche Zeit führen. Nun, wenn die CDU/CSU schon Bayern als Beispiel heranzieht, dann wollen wir das doch mal genauer unter die Lupe nehmen. Bayern, dass bedeutet für viele Laptop und Lederhose: die ideale Mischung von Fortschritt und Tradition - in allen Lebensbereichen. Da ich an dieser Stelle nicht wirklich alles abdecken kann, was die bayerische Staatsregierung so treibt, beschränke ich mich hier auf drei Themengebiete, die im Wahlkampf 2002 wichtig werden könnten.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt!

Warum E. Stoibers Politik auch mal in die 'Krachlederne' geht.

Wirtschaftspolitik:

Die Arbeitslosenquote liegt für Gesamtbayern bei 5,8 Prozent. In Franken ist sie wesentlich höher - Oberfranken hat die höchste Arbeitslosenquote (9,8 Prozent). München ist das Herz bayerisch-christsozialer Industriensiedlungspolitik. Davon zeugen unter anderem die Bemühungen der Vergangenheit, namhafte Firmen nach München zu holen. Das ist auch gelungen. Zukunftsunternehmen wie Microsoft, Infineon oder Siemens haben ihren Firmensitz in München ebenso, wie MAN, BMW, Allianz oder die Münchner Rück. Schon lange klagt man in der Landeshauptstadt und der Umgebung über mangelndes Fachpersonal.

Im Kontrast dazu steht die wirtschaftliche Entwicklung in Franken und anderen Regionen. Sogar in Grossstädten wie Nürnberg konnte der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden, neue Ansiedlungen gibt es kaum. Zwar profiliert sich Nürnberg langsam als Hochtechnologiestadt (was unter anderem die Förderung des SUSE-Konzerns zeigt; SUSE: Software- und Systementwicklung GmbH; Deutschlands größter Linuxdistributor) und im Konglomerat mit dem Universitäts- und Siemensstandort Erlangen wird auch hier zu einer Förderung übergegangen. Allerdings konnten trotz mehrfacher Bemühungen der Staatsregierung keine neuen Unternehmen in den ländlicheren Gebieten angesiedelt werden. Die Arbeitslosenquote steigt - was auch eng an die Verzahnung mit den neuen Bundesländern (Pendler) gebunden ist. Die kaum vorhandene Förderung Frankens könnte eng damit zusammen-

hängen, dass die SPD hier immer noch das stärkste Wählerpotential in ganz Bayern hat.

Und doch - industriepolitische Interventionen sind in Bayern keine seltene Sache. Über die LfA werden und wurden vor allem marode Betriebe wie die Maxhütte, Grundig und die Schmidt Bank gehalten - Politik nach keynesianischem Muster, wie sie der SPD-Linken seit Jahren vorschwebt. Einige renommierte Wirtschaftswissenschaftler werfen dem Kanzlerkandidaten Wirtschaftspolitik fernab der Gesetze des freien Marktes vor. Um all dies zu finanzieren, musste natürlich erst das Tafelsilber des Landes verschertelt werden. Die mittlerweile im eon-Konzern aufgegangen VIAG ist das beste Beispiel dafür.

Familien und Sozialpolitik:

Im Wahlkampf 2002 wird natürlich polarisiert werden. Aber auch familien- und sozialpolitisch stehen sich SPD und CDU/CSU-Marke Stoiber näher, als es den ersten Anschein hat. So hat Stoiber bereits letztes Jahres die Forderung nach Gesamtschulen aufgriffen und angedeutet, dass Bayern ein eigenes Gesamtschulskonzept auf den Tisch legen wird. Vor dem Hintergrund der Familienförderung wird auch die „Homo-Ehe“ verurteilt. Die CSU wendet sich gegen eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften besonders im Steuer- und Familienrecht. Zwar sagte Stoiber in einem Interview mit der FAZ vom 18. Januar 2001, jeder solle „nach seiner Fassung“ selig werden. Er betont aber gleichzei-

tig, den hohen Wert von Familien mit Kindern: „Familie sei, wo Kinder seien.“ So bleibt Bayern das einzige Land, in dem es in der Zulassung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften einen Sonderweg gibt. Homosexuelle Paare müssen zum Notar und werden dort eingetragen - eine standesamtliche Heirat ist ausgeschlossen. Viel stärker möchte Stoiber Familien fördern. Allerdings glaubt kaum jemand, dass er dann sozial- und gleichstellungspolitische Konzepte der Linken aufgreifen wird.

Zuwanderung:

Stoiber kann wie gesagt gut polarisieren. Er wird klare und einfache Problemlösungen definieren - und wie das aussehen kann, merkt mensch an einigen Äußerungen der bayerischen CSU und von Edmund Stoiber. Da wird dann schon mal von einer „durchrassten“ Gesellschaft gesprochen, es werden Ängste geschürt und die Stammtische befriedigt. Natürlich wird das im Wahlkampf nicht so einfach gehen, immer wieder wird der Hinweis auf die demokratische Bezugnahme gegeben werden. Aber ist es nicht ein eher schlechtes Zeichen, wenn Jörg Haider behaupten kann, dass Edmund Stoiber seine Konzepte drei Wochen nach ihm fordert?

Alles in allem bleibt zu hoffen, dass die Wechselwähler davon überzeugt werden können, dass es Parteien neben der SPD und der CDU/CSU gibt, die bessere Konzepte vorweisen können und wählbar sind. Dies wird unsere Aufgabe sein - ab jetzt!

Schily & Co. schleifen die Grundrechte:

Aber der 'Otto-Katalog' scheint niemanden zu stören.

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung droht die Abschaffung des Rechtsstaates.

[Petra Pau | MdB PDS] Zum Neuen Jahr trat das „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ in Kraft - pünktlich wie der Euro. Nur wurde über das Geld viel Tamtam gemacht, während „Otto-zwo“, wie das Gesetz verharmlosend genannt wird, nur noch beiläufig Erwähnung fand. Zufall? Zumal der Aufklärungsbedarf über das „Sicherheits-Paket“ enorm ist, denn seine Folgen sind - vorsichtig formuliert - weitreichend.

Begonnen damit, dass das „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ kein Einzelstück ist, wie das Wort glauben lässt. Rund einhundert andere Gesetze werden tangiert, verändert, verschärft - von Geheimdienst-Befugnissen über das Ausländerrecht bis zu EU-Regelungen. Kommentatoren sprechen vom umfangreichsten Gesetzeswerk, dass in der Bundesrepublik je namens der 'inneren' Sicherheit geschnürt wurde. Bürgerrechtsorganisationen warnten gar vor einem Abschied vom Rechtsstaat - vergeblich. Und auch der Chaos-Computer-Club (CCC) signalisierte von seiner Jahresendtagung in trauriger Gemeinsamkeit mit Datenschützern und Telekom-Managern: „Die neuen Anti-Terror-Gesetze verletzen Grundrechte!“ Spätestens vor diesem Hintergrund ist die stille Medien-Eintracht, mit der „Otto-zwo“ einführt wurde, nicht mehr heimelig, sondern althelben unheimlich.

Die Schily-Gesetze schaden dem Rechtsstaat.

Es lohnt, Maßnahme für Maßnahme durchzugehen und auf ein Raster zu legen: Bringt sie mehr Sicherheit oder gibt sie das nur vor? Stärkt sie den Rechtsstaat oder unterläuft sie seine Regeln? Was überwiegt, der Heil-Stoff oder die schädliche Nebenwirkung? 90 Prozent aller beschlossenen Paragraphen fallen bei einer solchen Prüfung durch. Auch jene, die vermeintlich harmlos daher kommen. Etwa die Festlegung, künftig biometrische Daten in Ausweise zu speichern, obendrein verschlüsselt. Was ein richtiger Fingerabdruck sein könnte, wie bislang nur bei Tatverdächtigen üblich, aber auch ein genetischer „Fingerabdruck“, also die DNA. Jüngste Berichte unterstellen zudem, dass die USA Druck machen, insbesondere deren Sicherheitsindustrie, die ein Milliarden-geschäft wittert. Demnach sollen biometrische Pass-Daten für USA-Reisende zur Pflicht und obendrein dort zentral gespeichert werden.

Ähnlich verhält es sich mit dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das ebenfalls Bestandteil von „Otto-zwo“ ist. Ich schließe mich, der Kürze wegen, dem Urteil von Sabine Leutheusser-



Schnarrenberger (MdB, FDP) an. Die Ex-Justiz-Ministerin sagte: „Die Novellierung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes führt dazu, dass ein unbestimmter, wesentlich größerer Personenkreis als bisher in das Visier des Verfassungsschutzes gelangen wird. Zu befürchten ist die Vernichtung zahlreicher beruflicher Existenzen durch für die Betroffenen faktisch nicht angreifbare arbeitsrechtliche Kündigungen.“ Was stimmt und jede sowie jeden treffen kann. Das Terrorismus-Bekämpfungsgesetz, am 14. Dezember letzten Jahres im Bundestag beschlossen, macht's möglich und schon hat Bundesinnenminister Schily sein „Otto-drei“ angekündigt.

Sinnvolle Vorschläge bleiben ungehört.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington waren eine Zäsur, ein Verbrechen allemal. Und keine Partei sollte hochmütig mit den realen Ängsten der Bürgerinnen und Bürger umgehen, Befürchtungen, die es auch hierzu-lande gibt. Vielmehr könnte gerade die PDS mit einem uralten Gerücht aufräumen. Nämlich, dass „die Linke“ fürs Soziale

und Ökologische zuständig sei, während die rechtskonservativen Parteien für Sicherheit und Wirtschaft prädestiniert wären.

Zwei Beispiele mögen andeuten, warum derartige Stereotypen schlicht falsch sind. Das Flugwesen entwickelt sich nicht nur, es gilt obendrein als empfindlicher Bereich. Der kleinste Fehler, fahrlässig oder absichtsvoll begangen, kann schnell zügigen Tod bedeuten. Naheliegender, dass nicht nur im Cockpit qualifiziertes und verlässliches Personal gefragt ist. Aber immer mehr Dienste werden ausgelagert, von Privat geleistet, unter Tarif und nicht selten als Zweit- oder Dritt-Job. Ein sozialer Skandal und ein Sicherheitsrisiko zudem, doch von diesem Widersinn ist in „Otto-zwo“ keine Rede. Statt dessen spiegelt sich eine typische FDP-Position: „Privat geht vor Katastrophe!“

Der BUND, wenigstens der, hat zum Jahreswechsel erneut zum „Atom-Ausstieg“ aufgerufen. „Rot-Grün“ bleibt derweil stolz, dass schon in dreißig Jahren kein Meiler mehr am Netz sein dürfte und damit auch kein Ziel mehr für einen terroristi-

schen Super-Gau abgeben werde. CDU/CSU sind bekanntlich grundsätzlich gegen den Atom-Ausstieg. Aber wieder geht es um das Spannungsfeld von Wirtschaft und Sicherheit und erneut findet sich davon nichts wirklich in den Anti-Terror-Gesetzen. Die lassen sich - trotz ihrer Fülle - auf einen kurzen Nenner bringen: Mehr Geheimdienste, weniger Datenschutz, mehr Strafen, weniger Ausländer, mehr Sonderrechte und möglichst Null-Kritik!

Wo bleibt der öffentliche Protest?

In wie fern dies alles geeignet ist, Terrorismus zu bekämpfen, dieser Beleg wird bei alledem nicht erbracht, nicht einmal versucht. Prof. Wolf-Dieter Narr von der Freien Universität Berlin brachte das auf die Frage: „Wie kommt es nur, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, von den eingeschüch-terten Ausländerinnen und Ausländern nicht zu reden, auf diesen Abbau der Sicherheit der Grund- und Menschenrechte nicht reagiert? Und dies, obwohl all diese Gesetze, wie immer man Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bestimmen mag, nichts, aber auch gar nichts erbringen?“

dokumentiert

Junge us-amerikanische Sozialisten und der Terror

Am 11. September erschütterte der Terroranschlag in einer noch nie dagewesenen Art die Welt und insbesondere die der Amerikaner. Im folgenden ist eine Presseerklärung der Young Peoples Socialist League dokumentiert, die einen interessanten Einblick in die Sicht junger amerikanischer SozialistInnen zu dem Anschlag gibt:

„Die terroristischen Attacken vom 11. September 2001 haben unser Gefühl der Sicherheit in den Vereinigten Staaten tief erschüttert. Es ist für uns hart zu akzeptieren, dass jemand dazu fähig sein kann, so eine schwere Katastrophe absichtlich herbeizuführen.“

Für viele Amerikaner ist es auch schwer zu verstehen, wie die US-Regierung, die stärkste Militärmacht auf dieser Erde, so einfach angegriffen werden kann. Eine der Lehren, die wir aus diesem Vorgang ziehen müssen, ist die Tatsache, dass wir sehr verwundbar sind in unserer modernen Welt. Die Macht in unserer Gesellschaft ist derart zentriert und hat damit attraktive Ziele geschaffen für Gewalt. Im weiteren ist unsere Sicherheit und unser tägliches Leben immer enger verbunden mit den Prozessen des internationalen Systems und birgt die Gefahr gefährlicher Kettenreaktionen in sich, wenn es zu derartigen Katastrophen kommt. Keine Sicherheitseinrichtung wird so etwas jemals vermeiden können und uns von chemischen, biologischen, elektronischen Attacken oder einfacher physischer Gewalt, wie geschehen, schützen können. In dieser modernen Welt bleibt uns einfach nichts anderes übrig als die Entwicklung sozialer und gerechter internationaler Beziehungen, die dem technischen Stand unserer Entwicklung entsprechen.

Die jungen Sozialisten der YPSL sind der festen Überzeugung, dass die weitere Militarisierung der Gesellschaft keine Antwort auf den Terrorismus sein kann. Mehr denn je ist es wichtig, unsere Rechte wahrzunehmen und sich politisch organisiert gegen diese zu stellen, die uns fesseln wollen im Namen ihres „Kampfes gegen den Terrorismus“. Sogar ohne endgültige Beweise, wer diese Untat begangen hat, werden wir heute Zeugen von Übergriffen gegen arabische Mitbürger und Menschen, die arabisch-stämmig aussehen. Die YPSL steht solidarisch zu denen, die Opfer eines erneuten Um sich greifenden Rassismus gegen Andersaussehende werden. Wir müssen die Ursachen des Terrorismus beseitigen, wie die globalen Ungerechtigkeiten und die erheblichen Einschränkungen in der Selbstbestimmung, die viele Gesellschaften auf dieser Erde schwer belasten.

Die jungen Sozialisten der YPSL verurteilen Mord aus politischer Überzeugung, egal von wem und zu welchen Zielen er ausgeführt wird, aufgrund unserer sozialistischen Ideale als unmenschlich und zutiefst unmoralisch. Wir rufen alle Amerikaner auf, mit uns von der US-Regierung zu fordern, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen, die letztendlich erst zu dieser Tragödie geführt hat. Wir müssen erkennen, dass wir das Ziel von internationalen Feindseligkeiten geworden sind, weil unsere Regierung die unterdrückt, die sich nicht der amerikanischen Hegemonie unterordnen wollen. Es ist schon lange überfällig, dass die US-Regierung anfängt sich in weltweite Angelegenheiten als eine solidarische und zurückhaltende Nation unter anderen einbringt.

Keine Aktion des amerikanischen Militärs kann die durch den Terroranschlag entstandenen Wunden heilen, die die Menschen erleiden müssen. Die Zerstörung geht weit über die Zahl der Toten hinaus und hat Auswirkungen bis in die tiefen unserer Gesellschaft. Die US-Regierung sollte mit einem guten und glaubwürdigen Beispiel vorangehen und sich nicht auf eine gemeinsame Ebene mit den Terroristen begeben. Mögen wir die Kraft finden, unsere Wut und Enttäuschung in positiven Taten auszudrücken und uns motivieren, unseren Kampf fortzuführen für eine gerechtere und menschlichere Welt.“

Quelle: www.ypsl.org



Young Peoples Socialist League

Die YPSL ist ein sozialistischer Jugendverband, der seit 1907 besteht und mit der Socialist Party - USA in Verbindung steht.



Der 'Krieg gegen den Terror'

und die Normalisierung des Militärischen

Zum Scheitern der außenpolitischen Wende unter 'rot-grün'.

[Jens Prietzel] Nachdem es am 11. September des letzten Jahres zu einer Reihe von furchtbaren Terroranschlägen in New York, Washington und Pennsylvania gekommen ist, bei denen mehrere tausend Menschen ums Leben gekommen sind, begannen die USA mit Unterstützung einer notdürftig geschmiedeten 'Allianz gegen den Terror' Anfang Oktober 2001 mit der Bombardierung verschiedener Gebiete in Afghanistan. Obwohl das einzige Ziel dieses Krieges nach offizieller Lesart darin besteht, die vermeintlichen Urheber der Anschläge, das Netzwerk al-Qaida, sowie ihre Unterstützerguppen in Afghanistan und anderswo ausfindig zu machen und zu bestrafen, weist seine reale Entwicklung jedoch darauf hin, dass es hierbei auch um den Versuch einer langfristigen Neuordnung der globalen Hegemonial- und Machtverhältnisse geht. Die rot-grüne Bundesregierung wollte in diesen Auseinandersetzungen nicht absichts stehen, hat deshalb die Mobilisierung militärischer Potentiale als legitimes Mittel der Außenpolitik rehabilitiert und die letzten Reste ihrer zivilen Problemlösungskompetenzen über Bord geworfen.

_ 'Uneingeschränkte Solidarität'

Allen voran haben der Bundeskanzler Schröder und sein Außenminister Fischer von Anfang an auf einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland im 'Kampf gegen den Terror' bestanden. Die Rede von der „uneingeschränkten Solidarität“ steht dabei symbolisch für einen selbstgewählten - und keineswegs aufgezwungenen - Handlungsdruck, und es blieb bekanntlich nicht bei bloßen Worten: Am 16. November 2001 beschloß der Bundestag in Verbindung mit der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers den Einsatz von insgesamt 3.900 deutschen Soldaten im Rahmen der US-Mission 'Enduring Freedom', und definierte zugleich ein Mandat, das zeitlich vorerst auf ein Jahr befristet wurde und die Fläche von fast einem Drittel der gesamten Erde als mögliches Einsatzgebiet beschreibt.

Doch damit nicht genug: Nachdem es gelungen war, die Reste der sogenannten Nord-Allianz als neue Regierungsmacht in Afghanistan zu installieren, erteilte der UN-Sicherheitsrat ein Mandat für die Stationierung einer internationalen Truppe, die die neue Ordnung stabilisieren soll. Daraufhin beschloss der Bundestag, dass sich die Bundesrepublik auch an diesem Einsatz mit 1.200 Soldaten beteiligen werde.

_ Die Bundeswehr out of area: Nie mehr zweite Liga!

Damit ist es gerade einmal ein Jahrzehnt her, da das wiedervereinigte Deutschland seine vollständige außenpolitische Souveränität wiedererlangt hatte und schon werden wieder tausende von deutschen Soldaten an den großen Kriegsfrenen dieser Welt aufgestellt. Die Zeit der außenpolitischen Zurückhaltung - als historische und politische Konsequenz aus dem verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands - wird heute bereits als musea-

les Relikt aus der Zeit der 'Bonner Republik' betrachtet und selbst von ehemaligen grünen PazifistInnen als 'Sonderweg' denunziert. Moralisch-propagandistisch aufgeladener Missionierungsdrang, geostrategisches Kalkül und interessenpolitische Mittel- bis Großmachtambitionen stecken dabei das Feld ab, in dem die Normalisierung des Militärischen in der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik vollzogen wird.

Wurde die Durchsetzung militärischer Politikformen als legitimes Mittel von deutscher Aussenpolitik noch im Krieg gegen Jugoslawien im wesentlichen auf der Basis pseudo-humanitärer und uneigennütziger Heils- und Menschenrechtsrhetorik erreicht, so setzt sich im öffentlichen Diskurs mit dem 'Krieg gegen den Terror' zunehmend eine interessen- und machtpolitische Legitimationsfigur durch. Diese fügt sich vorwiegend aus miteinander verschachtelten sicherheits- und geopolitischen Begründungsfragmenten zusammen und bringt in geradezu ungehemmter Klarheit den Zweck der militärischen Interventionspolitik auf ihren politischen Kern: Die Verteidigung und Abschottung eines 'westlichen' Gesellschafts-, oder genauer, Kapitalismusmodells, gegenüber den Ansprüchen einer marginalisierten und/oder prekären 'Rest-Welt' auf der Grundlage herrschafts- und gewaltförmiger internationaler Beziehungen und einer ungerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung.



Aktiv gegen den Krieg! - Aber wie?

Viele Menschen sind in den letzten Wochen bereits gegen den Krieg aktiv geworden. Dennoch läßt sich nicht leugnen, dass sich mit seiner fortwährenden Dauer auch eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Kriegsmeldungen im Fernsehen und in den Zeitungen einstellt. Notwendig ist und bleibt deshalb, dass wir neben den vielen kleinen und großen spontanen Aktivitäten, die vor allem zu Beginn eines solchen Krieges entfaltet werden, auch dauerhafte friedenspolitische Angebote unterbreiten können. Der Berliner Landesverband von [solid] - die sozialistische Jugend bietet z.B. demnächst eine regelmäßige Kriegsdienstverweigerung - Beratung an. Doch welche Ideen habt Ihr dazu? Bitte mailt sie uns an:

[solid@pds-online.de!](mailto:solid@pds-online.de)

_ Die außenpolitische Wende unter 'rot-grün' blieb aus.

Ausgerechnet unter einer Regierung aus SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN, von der sich 1998 nicht wenige einen außen- und verteidigungspolitischen Neuanfang versprochen hatten, wurden dabei die bislang umfangreichsten Kriegshandlungen vollzogen. Zunächst die Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahre 1999, danach die Ausdehnung des NATO-Protektorats im Kosovo auf Teile des Staatsgebietes von Mazedonien, und nun der Einsatz deutscher Soldaten in einem selbstmandatierten Kriegseinsatz mit noch ungewisser zeitlicher, räumlicher und konkret sachlicher Dimension.

Der für solche Zwecke notwendig gewordene Umbau der Bundeswehr in eine Armee mit weltweiten Einsatzmöglichkeiten wurde unter 'rot-grün' fleißig weiterbetrieben: Krisenreaktionskräfte, Sonderkommandos u.ä. Einheiten werden ausgebildet und personell wie materiell aufgerüstet. Der Ruf nach einer weiteren Erhöhung des Wehretats zum Zwecke einer 'Modernisierung' der zukünftigen Interventionskontingente will nicht verstummen und droht sogar zum Wahlkampfversprechen der Konservativen zu werden. In den jüngsten Auseinandersetzungen um die Anschaffung des neuen Großraum-Transportflugzeuges A400M ging es nur noch um das fragwürdige haushaltspolitische Gebahren des Verteidigungsministers. Der eigentliche Hintergrund dieser Umrüstungsmaßnahme, nämlich der Ausbau der logistischen Interventionsfähigkeit der Bundeswehr, spielte in dieser Diskussion fast überhaupt keine Rolle mehr.

Wer auf die vollmundig angekündigte Wende in der Rüstungsexportpolitik gehofft hatte, wurde bitter enttäuscht: Anstatt Konversionsprogramme und ein Exportstopp beschränkte sich die rot-grüne Bundesregierung auf kosmetische Korrekturen bei den Rüstungsexport-Richtlinien. Damit können mit Rüstungsexporten also auch weiterhin Milliarden verdient werden, während der Entwicklungshilfeetat weiter schrumpft und globale Strategien der langfristigen und zivilen Armuts- und Konfliktprävention auf der Strecke bleiben.

_ Gesellschaftliches Widerstandspotential paralysiert

Alternativlos war diese politische Entwicklung nicht; dass sie sich in der Bundesrepublik trotz, oder gerade mit 'rot-grün' erst richtig durchsetzen konnte, ist vielmehr nur ein weiteres Indiz für das Scheitern eines Reformprojektes, dass letztlich auf einen Regierungswechsel im Jahre 1998 beschränkt blieb. Es gründete nicht auf einer wirklichen Alternative zum neoliberalen Gesellschaftumbau, sondern basierte lediglich darauf, den Umbau zum 'nationalen Wettbewerbsstaat' (Hirsch), der eben nach außen auch militärisch durchsetzungsfähig gemacht werden soll, auf eine breitere soziale Basis zu stellen. Mit dem Ergebnis, dass Widerstandspotential heute weitgehend paralysiert ist, was sich in dem Schweigen bzw. sogar der partiellen Rechtfertigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch weite Teile der sozialdemokratischen bis liberalen Linken in geradezu schmerzhafter Weise widerspiegelt.

Terror und Gegenterror: Kein Frieden im Nahen Osten.

Nur Gerechtigkeit schafft Frieden und kann die Spirale der Gewalt stoppen.

[Rouzbeh Taheri] „Die palästinensisch besetzten Gebiete... äh, Entschuldigung, die israelisch besetzten Gebiete...“ stottert der Nachrichtensprecher im Radio. Ein kleiner Versprecher, aber durchaus bezeichnend für die Sicht auf eine Region, aus der seit einem halben Jahrhundert nur Meldungen über Krieg und Terror zu vernehmen sind. Wer weiß schon genau, wer, was, wann und wozu besetzt hat? Es ist doch immer das gleiche Spiel. Palästinenser verüben Anschläge, Israelis antworten, Palästinenser reagieren auf die Antwort usw. usf. oder auch umgekehrt. Es ist wie mit der Henne und dem Ei. Kein Anfang zu erkennen und kein Ende abzusehen.

Man kann natürlich versuchen einen Anfang zu finden. Ist der Konflikt ausgebrochen mit der Gründung des Staates Israel 1948? Mit dem anschließenden Krieg der arabischen Länder gegen Israel? Oder erst mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete 1967? Es ist sehr einfach Krieg gegen Krieg aufzurechnen, Terror gegen Terror, Mord gegen Mord. Je nach den politischen Vorlieben kann man dann die eine oder die andere Seite als die wahren Schuldigen brandmarken. Es ist so einfach wie sinnlos. Man kann vergangenes Leid nicht ungeschehen machen. Man kann aber aus ihm lernen, um zukünftiges Leid zu vermeiden.

Und heute?

Sehen wir uns die heutige Situation an: Seit 1967 besetzt Israel die palästinensischen Gebiete in Westjerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen. Zusätzlich dazu auch die Golan-Höhen, die zu Syrien gehören. Es gibt unzählige UN-Resolutionen, die Israel zur Rückgabe dieser Gebiete auffordern. Über drei Millionen Palästinenser leben seit mehr als dreißig Jahren in Flüchtlingslagern. Viele Jugendliche sind in diesen Lagern geboren und kennen kein anderes Leben.

Israel hat durch den Bau von Siedlungen in den besetzten Gebieten große Teile des Landes bereits annektiert. Die Diskriminierung der Palästinenser fängt bei der Zuteilung des Wassers an (ein palästinensischer Bauer hat nur ein Fünftel der Wassermenge eines israelischen Siedlers zur Verfügung) und endet (noch nicht) bei der Abriegelung von Städten und Dörfern über Wochen und Monate, was einer kollektiven Gefangennahme der dortigen Bevölkerung gleicht.

Auf der anderen Seite stehen die Israelis, die seit der Gründung Ihres Staates um das Überleben ihres Staates kämp-

fen müssen. Arabische Länder haben vier Kriege geführt, um den Staat Israel zu vernichten. Sie sind viermal gescheitert. Nach und nach haben sie das Existenzrecht Israels anerkannt, Ägypten und Jordanien haben dies schon in Friedensverträgen beurkundet. Syrien besteht auf die Rückgabe der Golan-Höhen, ist aber auch grundsätzlich zum Frieden mit Israel bereit. Die israelische Armee ist heute eine der Stärksten der Welt und verfügt, dank amerikanischer Unterstützung, über die modernsten Waffen, auch über die Atom-bombe. Eine existentielle Bedrohung des Staates Israel ist nicht mehr vorhanden.

Das Abkommen von Oslo: Ein Hoffnungsschimmer.

Anfang der 1990er Jahre hat der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin, im übrigen selbst ein General, die Formel 'Land gegen Frieden' geprägt. Gemeint war damit die Rückgabe der besetzten Gebiete im Austausch für einen dauerhaften Frieden mit den Palästinensern. Dies war ein Bruch in der militärischen Logik Israels. Es endete im Abkommen von Oslo, der den Palästinensern eine partielle Autonomie in ihren Gebieten und die Perspektive auf einen eigenen Staat eröffnete. Im Gegenzug hat die PLO¹ das Existenzrecht Israels anerkannt und den bewaffneten Kampf für beendet erklärt.

Die radikalen Gruppen auf beiden Seiten wollten dies jedoch nicht akzeptieren. Jüdische Siedler und Teile der Armee und des Geheimdienstes auf israelischer Seite, sowie vorwiegend islamistische Organisationen auf der anderen Seite versuchten das Abkommen von Oslo zu torpedieren. Nach der Ermordung vom Ministerpräsident Yitzhak Rabin durch einen jüdischen Fundamentalisten geriet der Friedensprozess ins Stocken. Unter seinen Nachfolgern wurde der Siedlungsbau fortgesetzt. An der Diskriminierung der Palästinenser änderte sich nichts. Die fest vereinbarten Schritte zum Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten wurden verzögert oder überhaupt nicht umgesetzt.

In dieser Situation änderte sich auch die Stimmung unter den Palästinensern. Die Euphorie, die nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens herrschte, war angesichts der ausbleibenden Fortschritte rasch verfliegen. In dieser Situation bekamen Organisationen wie Hamas und Dschihad ungeheuren Zulauf. Gerade junge Menschen, die keine Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Konflikts haben, sind bereit, sich in die Luft zu sprengen, um so als Märtyrer in den Himmel zu kommen. Wer für sich auf der Erde keine Perspektive mehr sieht, versucht es eben im Himmel.

Die Wahl Scharons und das vorläufige Ende von Oslo.

Endgültig gestoppt wurde der Friedensprozess mit der Wahl von Ariel Scharon zum israelischen Ministerpräsidenten. An seiner Regierung sind auch nationalistische und religiös-fundamentalistische Parteien beteiligt, die die besetzten Gebiete als Teil eines „Groß-Israels“ annektieren möchten. Auf der anderen Seite versuchen Dschihad und Hamas mit Terror gegen Zivilisten jede Art von Verhandlungen unmöglich zu machen. Die israelische Armee antwortet mit der „gezielten Liquidation“ von angeblichen oder tatsächlichen Terroristen, was nichts anderes ist, als staatlicher Terrorismus.

So sind wir wieder am Anfang der Geschichte, wo Terror Gegenterror provoziert. Und die Spirale dreht sich weiter.

Gibt es kein Entrinnen? Kann man diese Spirale nicht durchbrechen? Uri Avneri² formulierte es so: „Frieden gibt es nur gegen Gerechtigkeit. Solange die Palästinenser keinen Frieden haben, solange werden auch wir Israelis keinen Frieden bekommen. Beide Völker haben lange um ihr Land kämpfen müssen. Der Unterschied ist, dass wir unser Land haben und ihr Land besetzen.“

¹ PLO: Palästinensische Befreiungsfront - die gemeinsame Organisation von fast allen nicht-islamistischen politischen Gruppen der Palästinenser. Die PLO ist von der UNO als die offizielle Vertreterin der Palästinenser anerkannt worden.

² Uri Avneri ist ein israelischer Friedensaktivist, der nach eigenen Angaben als junger Mann als Terrorist -oder Freiheitskämpfer, es kommt auf die Sichtweise an- für einen israelischen Staat gekämpft hat.

Krieg als Dienstleistung:

Das lukrative Geschäft mit Söldnern.

[Gregor Mohlberg] Was wurde bei uns nicht alles in der letzten Zeit schon privatisiert: die Deutsche Post, die Bundesbahn, die nationalen Telekommunikationsnetze, diverse Einrichtungen der Kommunalwirtschaft. Die Privatisierung wird uns dabei von neoliberalen Denkern immer als das Mittel vorgestellt, um Kreativ- und Innovationspotential freizusetzen, das innerhalb der „biederen“ staatlichen Strukturen nicht zum Zuge kommen könne. Außerdem, und das wiegt schwerer, ist es doch ein „Menschenrecht“, sich mit seinem Kapital dort zu betätigen, wo man meint, die höchsten Profite erwirtschaften zu können. Dass auch Kriege traditionell zu den profitablen Geschäftsbereichen gehören und damit eine hohe Anziehungskraft ausüben, ist bekannt. Schon längst sind sie wieder zu einem lukrativen privatwirtschaftlichen Terrain geworden, wie zu Zeiten Ottos III.

Die Übertragung dieses, ohnehin schon schwer mit der Hoffnung auf eine soziale und gerechtere Zukunft zu verbindenden Prinzips nun auf den Bereich der Kriegsführung ist moralisch mehr als bedenklich. Mit der entsprechen finanziellen Ausstattung ist es heute kein Problem, große Militärmächte herauszufordern und lokale Regierungen und Ordnungssysteme zu stürzen und autoritäre Kräfte zu sichern. Das zeigen nicht nur die jüngsten Terroranschläge in New York und Washington, sondern auch die große Anzahl an privatfinanzierten bewaffneten Söldnertrupps, die hauptsächlich in Afrika operieren. Sie agieren ohne jeden völkerrechtlichen Status und schützen die Interessen nicht demokratisch legitimierter Kräfte wie Diktatoren und Konzerne. Die Interessen der Menschen können sich dabei nicht mehr gegen die Interessen von Einzelnen durchsetzen. Diese Konflikte werden dadurch letztendlich verlängert und verschärft. Zu diesem Zustand beigetragen hat nicht nur die weltweite Aufrüstung kleiner Staaten und der Waffenhandel über alle Grenzen hinweg, sondern auch die zunehmende Aushöhlung der in langwierigen Prozessen geschaffenen internationalen Bestimmungen, verkörpert u.a. durch den Apparat der Vereinten Nationen und die Genfer Konvention. Von Peru bis Papua-Neuguinea und vom Sudan bis nach Sierra Leone werden heute ehemalige Soldaten von einflussreichen Unternehmen angeheuert, um Regierungen und Bergbaukonzernen gegen Bares zur Seite zu stehen.

Vor einen Jahrzehnt weiter als heute?

Dabei gab es bereits in der Vergangenheit zahlreiche Anstrengungen, das Söldnertum einzugrenzen und abzuschaffen. Als 1977 die Genfer Konvention überarbeitet wurde, hat man hier dem Söldnern den Status als „Kombattanten“ entzogen, was heißt, dass ihnen nicht die Rechte von regulären Kriegsgefangenen zu kommen. Eine ähnliche Diskussion führen die USA derzeit im Bezug auf die Gefangenen, die sie unter den Taliban und Al-Qaeda-Kämpfern gemacht haben und derzeit in Kuba festhalten. Parallel dazu verabschiedete die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) die Konvention zur Abschaffung des Söldnertums in Afrika. Zwölf Jahre später zog die UN-Vollversammlung nach, indem sie die Internationale Konvention gegen Rekrutierung, Einsatz, Finanzierung und das Training von Söldnertruppen erließ. Diese hätte die Staaten dazu verpflichtet, Söldner gesetzlich zu verfolgen und auszuliefern, wenn sie in Kraft getreten wäre. Bislang haben die Konvention aber erst 14 der 22 dazu nötigen Staaten unterzeichnet - unter ihnen Angola und Zaire. Beide Staaten haben in den letzten Jahren auf die Dienste von Söldnern zurückgegriffen. Diese sinnvollen An-

strengungen auf internationalem Pakett konnten sich nicht durchsetzen und hielten dem Druck der mit Geld unterfütterten Interessen von Einzelnen nicht lange stand.

Krieg - ein traditionell lukratives Geschäft:

Das Geschäft mit dem Krieg ist also nach wie vor gang und gebe, und erlebt derzeit sogar eine regelrechte Renaissance. Diese Wiedergeburt ist ein Produkt der bedrohlichen Synergien zweier Phänomene der internationalen Politik: der unkontrollierten Privatisierungs- und Rationalisierungstendenzen, sowie einer generellen Ausweitung gewalttätiger Konflikte. Auch in einer der Studie des bekannten CDI (Center for Defense Information) wird das Söldnerwesens auf die weltweiten Kürzungen der Militärausgaben und den allgemeinen Trend zurückgeführt, staatliche Unternehmen zu privatisieren. Sie erklären sich zudem aus der wachsenden Zahl internationaler Konflikte in Ländern der Dritten Welt seit dem Ende des kalten Krieges und der allgemeinen Unwilligkeit der Industrienationen, in Krisen einzugreifen. Trotz moralischer Bedenken sei Privatisierung auch in diesem Bereich ein effektives Mittel, um Gelder zu sparen, unterstreicht der CDI-Bericht. Dabei spiele es keine Rolle, ob es sich letztendlich um Bereiche, wie die Gesundheitsfürsorge, Bildung oder Friedenssicherung handele. Die Gewinnchancen in diesem Geschäft sind tatsächlich äußerst lukrativ. Derzeit leisten die Söldner, von Firmen wie Executive Outcome, Sandline International u.a. ihre Dienste hauptsächlich noch bei kleineren Staaten und Unternehmen ab und kassieren hierbei kräftig ab. Im Vergleich zur Mobilisierung eigener Streitkräfte, die zumal meist schlecht ausgerüstet sind, aber immer noch ein für beide Seiten sich lohnendes Geschäft. 30 Millionen Dollar für den Schutz technischer Anlagen eines Konzerns, 32 Millionen für die Niederschlagung einer Unabhängigkeitsbewegung.

Es geht um mehr:

Von vornehmen Büroräumen aus, z.B. in London oder Pretoria, steuern sie ihre Operationen und laden zum Vorstellungsgespräch. Besorgt um ihren Ruf, haben die vornehmen Geschäftsmänner zunehmend auch nationale Regierungen, wie die der USA und des Vereinigten Königreichs sowie internationale Organisationen im Auge. Schließlich habe man sich in den letzten Jahren zu großen und nach außen seriös wirkenden Konzernen gemauert und möchte nun auch die Exklusivität des Kundenstamms erhöhen. Bei ihren alten Geldgebern und Ausbildern, gehen sie nun mit ihren Vorteilen, wie Effektivität und geringen Kosten, hausieren und wollen Teil haben an den Milliardenbeträgen, die ausgegeben werden für UN-Schutztruppen, und NATO-Bewacher weltweit. Obwohl die UN-Vertreter Söldner weiterhin als Kriminelle bezeichnen, haben die USA die ersten Schritte schon gemacht. So schickte Bill Clinton 1998 150 Söldner der US-Firma DynCorp ins Kosovo, um den Abzug der serbischen Truppen zu beobachten und so manch andere Aktion weiterer Staaten lief seither im verborgenen. Neben diesen erschreckend wirkenden Entwicklungen ist ein wesentliches Standbein aber nachwievor die bizarre Welt der in Afrika und anderswo, mitten in Bürgerkriegsgebieten, operierenden Konzerne. Sie haben immer Bedarf an bewaffnetem Personal, das sich mit den Problemen tobender Verteilungskämpfe beschäftigt, auf ihrer Suche nach billigen Rohstoffen, Diamanten und Öl. Nirgends mehr als hier kommt in erschreckender Weise zum Ausdruck, dass kapitalistische Interessen sich mit der Nachfrage der Menschen nach Frieden und Gerechtigkeit nicht decken und die Ursachen für Elend und Gewalt auch in diesem Widerspruch gesehen werden müssen.



Who the fuck is Tobin?

[Fabio De Masi] Die politische Debatte erfährt derzeit eine Renaissance um die Einführung einer Steuer auf Devisenmarkt-Transaktionen, die so genannte Tobin-Tax. Benannt ist sie nach ihrem Vordenker, dem ehemaligen amerikanischen Wirtschaftssenator und Nobelpreisträger James Tobin. Der Vorschlag zu dieser allgemeinen Steuer auf Umsätze auf den Devisenmärkten datiert bereits auf das Jahr 1972!

Die Steuer hat relevante Freunde, wie etwa die globalisierungskritische Bürgerbewegung ATTAC, alternative Ökonomen, den berühmten Spekulanten George Soros und -wenn auch unter Umständen wahl-taktisch motiviert- den französischen Premierminister Lionel Jospin.

Was besteuert die Tobin-Tax? Devisenmarktgeschäfte.

Das Konzept der Tobin-Steuer sieht vor, effektiv einen Großteil der Devisenmarktgeschäfte, vornehmlich kurzfristige Devisen-Transaktionen bzw. -spekulative „Arbitragegeschäfte“ - bei letzteren werden die geringen Wechselkursunterschiede auf den unterschiedlichen Finanzplätzen der Welt genutzt - zu besteuern. Realisiert werden soll dies durch einen einheitlichen Steuersatz von 0,05 bis 0,5 Prozent mit degressiver, d.h. abnehmender Wirkung, auf langfristige Devisentransaktionen.

Die Ziele der Tobin-Steuer: Stabilisierung und Einnahmen.

Mit der Tobin-Steuer werden drei Ziele verfolgt:

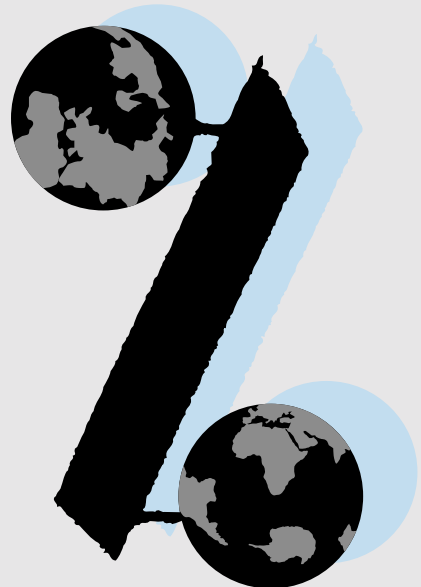
1. Kurzfristige Kapitalbewegungen sollen eingedämmt und fundamental nicht gerechtfertigte Wechselkursbewegungen begrenzt werden.
2. Der geldpolitische Spielraum der nationalen Zentralbanken (bzw. der heutigen Europäischen Zentralbank) soll hierdurch erhöht werden.
3. Vornehmlich von ATTAC und anderen Gruppen wird gefordert: Die Einnahmen aus der Tobin-Tax sollen in Form von Entwicklungshilfe globale und regionale Entwicklungsunterschiede glätten helfen.

Das Argument der Gegner: Das Problem der Steueroasen.

Eines der Hauptargumente der Gegner einer solchen Steuer hat die Möglichkeit der „räumlichen Umgehung“, also die Steueroasen im Blick. Befürchtet wird dabei, dass die Tobin-Steuer einfach dadurch umgangen werden könnte, dass Transaktionen auf Finanzplätzen abgewickelt werden, auf denen keine Tobin-Steuer erhoben wird (Off-Shore-Handel).

Dagegen existieren jedoch zwei Einwände: 1. Könnte bereits eine innerhalb Europas realisierte „Tobin-Tax“ einen enormen Wirtschafts- und Währungsraum umfassen. 2. Gibt es für finanzmarktorientiertes Kapital bedeutendere Faktoren als Steuerschöpfung. Ein Beleg dafür sind zum Beispiel die Attraktivität der Finanzplätze in New York und London, welche nicht selten vergleichsweise restriktiv besteuern.

Fazit: Die Tobin-Tax ist zwar nicht der Linken Weisheit letzter Schluß, doch ein gutes Fallbeispiel für eine erfolgreiche linke Kampagne.



Das globale Netzwerk ATTAC:

Der Anspruch einer neuen Bewegung.

Globalisierungskritik auf der Suche nach dem politischen Ich.

[Frank Henschel] ATTAC - „Association por la taxation de transactions financières à l’ aide des citoyennes et citoyens“: Die Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Der große Dachverband der Globalisierungskritiker. Prima Idee oder nur eine unorganisierte Ein-Punkt-Bewegung?

Auf in den Kampf

1998 irgendwo in Frankreich: Einige Angehörige des weißbroterzehrenden Völkchens, erfahren im Stürzen von Langzeitdiktaturen und dem Entwickeln fortschrittlicher Gesellschaftsmodelle, gründen ATTAC. Überall wird die Globalisierung gepriesen, die zusammengefasst nichts weiter bedeutet, als weltweiter Kapitalismus in übelster Ausprägung: Sozialsysteme werden gekippt, vor Privatisierungen kann man sich kaum retten und Unternehmer haben schöne Aussichten in Richtung maximaler Ausbeutung, wenn sie global mächtige Profite erwirtschaften können, ohne dass ihnen die Politik dabei auf die Füße tritt.

Da will man nicht mehr zusehen und greift als Grundforderung die Idee einer Steuer auf weltweite Finanztransaktionen auf, die nach dem 83jährigen Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin benannte „Tobin-Tax“. So sollen die gut 1.500 Milliarden Dollar die tagtäglich an den Börsen hin- und her gehandelt werden einen humanen Anstrich bekommen, indem man die einkassierten Prozente für Entwicklungsprojekte in der „Dritten Welt“ nutzt. Nun muss man sagen, dass diese Maßnahme, sofern sie denn durchgesetzt wird, das Profitsystem an sich nicht angreift, denn durch die Besteuerung könnten nur die heftigsten Schwankungen ausgeglichen werden und es würde ein wenig mehr Geld für Entwicklungsländer herauspringen. Doch nur laue Sozialdemokratie?

Durch die Teilnahme an den globalisierungskritischen Massendemos wie z.B. im italienischen Genua wurde die Weltöffent-

lichkeit und somit auch die deutsche Politik aufmerksam auf ATTAC. Gerade im Sommerloch 2001 fanden Grüne und SPD die Forderung nach einer Tobin-Steuer mal gar nicht so schlecht. ATTAC-Vertreter wurden zu Gesprächen, Diskussionen und Parteiversammlungen eingeladen. Doch man wehrt sich vor neoliberalen Vereinnahmungsversuchen, will als unabhängige Bürgerbewegung bestehen bleiben.

Mann, seit ihr breit!

In seiner Selbstverständniserklärung beschreibt sich sich ATTAC als undogmatisches, globalisierungskritisches Forum. Hier könnten Marxisten neben Freihandelsanhängern stehen, die ein schlechtes Gewissen wegen all der hungerten Kinder haben - wenigstens manchmal, und man verträgt sich trotzdem recht gut. ATTAC zieht viele Menschen an, gerade durch seine offene Struktur. Mittlerweile existieren in 30 Ländern ATTAC-Gruppen, allein in Deutschland sind es 1400 Mitglieder in 43 Gruppen. Tendenz steigend.

Die Menschen scheinen also kein Problem mit den breitgefächerten Anschauungen zu haben. Im Gegenteil, das macht es für viele sicher leichter mitzuarbeiten, weil man sich nicht irgendwelchen festen Strukturen unterordnen muss und eine Idee als die einzig Richtige hingestellt wird, sondern man versucht durch einen Minimalkonsens (Entschärfung der Globalisierungsfolgen) möglichst viele Leute zu mobilisieren. Bis jetzt klappt das ganz gut, doch es gibt auch Stimmen, die ein geschärftes Profil sehen wollen und außerdem einen demokratischen Aufbau fordern. Die bundesweiten Gremien setzen sich bislang nämlich aus nichtgewählten ATTAC-Mitgliedern zusammen und in einigen Städten werden die den Koordinierungskreis betreffenden Entscheidungen von den jeweils bei Treffen Anwesenden getroffen. Bei einer steigenden Mitgliederzahl kann das zu ernsthaften Organisations- und Mobilisierungsproblemen führen, wenn keiner mehr weiß, was der andere macht. Aber ATTAC scheut vor einer festgefahrenen, hierarchischen Struktur, die die Flexibilität und den Aktions-

formenreichtum beschränken könnte. Ebenso wenig will man sich programmatisch richtungsweisend festlegen.

Mach mal ´nen Punkt!

Lange als Ein-Punkt-Bewegung (Stichwort: Tobin-Tax) dargestellt, beweist ATTAC die Fähigkeit, ein breites Politikfeld bedienen zu können. Der Angriff der USA auf Afghanistan beispielsweise führte zu einem großen Engagement in der Anti-Kriegsbewegung. In Deutschland stieß der Krieg auf Widerstand, doch ATTAC Spanien befürwortete ihn. Zeit für ein einheitliches politisches Programm?

ATTAC ist eine gute Sache, die viel Potential in sich birgt, das die Globalisierungskritiker für ihre Selbstfindung nutzen sollten. Denn statt auf theoretische Diskussionen setzt man auf Aktion, bei der sich laut Peter Wahl (Mitglied im Koordinierungskreis ATTAC Deutschland) ein Staats- und Kapitalismusverständnis erst herausbilden würde. Die Teilnahme an den Demonstrationen in Genua habe an zwei Tagen mehr Staatsverständnis produziert, als die gesammelten Werke der kritischen Staatstheoretiker zusammengenommen, behauptet er. Ob das so zu verabsolutieren ist? Schließlich kann ich nur gegen eine Sache sein, wenn ich möglichst viel über sie weiß und somit auch etwas in der Hand habe. Bei der EU-Politik, der WTO oder dem IWF ist das zwar nicht schwierig, denn alle sind Institutionen des internationalen Kapitals, die die Voraussetzungen für die Globalisierung schaffen, indem sie von ihnen abhängige Länder zu Privatisierung und Deregulierung erpressen. Dennoch sollte man den theoretischen Diskurs nicht vernachlässigen und sich gemeinsam überlegen, wie eine andere Welt aussehen sollte, auch wenn Koordinierungskreismitglied Philipp Henschel diesen Anspruch von ATTAC als nicht existent bezeichnet. Wir werden sehen, was die Zukunft bringt.

Links:



ATTAC Deutschland: www.attac-netzwerk.de

ATTAC International: www.attac.org

INDYMEDIA - unabhängige linke Nachrichtenagentur: www.indymedia.de, www.indymedia.com etc.

AG Alternative Wirtschaftspolitik („Memo-Gruppe“): www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/

Buena Vista EURO Club?!

Der Euro ist da. - Und nun?

Zu den wirtschaftspolitische Folgen der Euro-Einführung.

„Aber wer so konsequent wie Sie Deregulierung will, der muß sich dann auch mit BSE abfinden.“

(Die seherische Gabe des heutigen Berliner Wirtschafts-senators Gregor Gysi in der Parlamentsdebatte zum Euro am 23.4.1998)

„Money talks, they say. All it ever said to me was Goodbye!“
(Cary Grant)

[Fabio De Masi] „Auf Wiedersehen DM, willkommen neue Träume“ schließt ein aktueller Werbetrailer der HypoVereinsbank. Das mit dem Wiedersehen ist sicher nicht ernst gemeint, das mit dem Träumen ist angebracht. Der EURO ist da und wird genauso wenig in der Lage sein, Europa zu einen, wie bereits die DM vor einiger Zeit dieses Land. Die Vorteile der neuen Währung: Die Orientierung der Finanzmärkte auf ihren wirtschaftlichen Kern ist mit einem einheitlichen Währungsraum einfacher, unternehmerische Wechselkursrisiken entfallen, spekulativen Attacken lässt sich effektiver begegnen. Die Menschen im EURO-Land können Preise vergleichen und gewinnen ein Stück gemeinsame europäische Identität.

Der PDS, progressiven Wirtschaftswissenschaftlern und vielen Europäern reichte dies jedoch nicht. Für sie überwogen die Nachteile einer europäischen Währung ohne europäische Verfassung, ohne europäische Vision, ohne europäische Politik. Eine Währungsunion ohne gemeinsame Steuer-, Struktur-, Lohn- und Demokratiepoltik würde die europäische Idee gefährden, eine Währungsunion unter den unterschiedlichen Voraussetzungen der betroffenen Volkswirtschaften hätte in der Vergangenheit noch nie zum Erfolg geführt. Das klingt abstrakt. Doch was waren die konkreten Gründe für die Ablehnung der gemeinsamen Währung, zu einem Zeitpunkt da nach Ansicht Ihrer linken Kritiker die Zeit noch lange nicht reif war?

Die falsche Architektur der WWU:

Es war die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Der Bauplan wurde bekannt unter den Überschriften „Maastricht“ und „Stabilitätspakt“ und seine Stützpfiler bilden die Konvergenzkriterien, sowie die Stellung der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Konstruktion geht insbesondere auf die Bundesrepublik und ihren damaligen Finanzminister Theo Waigel zurück. Das ist kein Zufall, erhofft sich Deutschland doch für seinen ausgeprägten Exportsektor einen Boom. Denn die europäischen Nachbarn sind Deutschlands Handelspartner Nr. 1 und für sie werden deutsche Waren durch die gemeinsame Währung billiger, also attraktiver. Die Einhaltung der Konvergenzkriterien durch die nationalen Regierungen wird bei Ausnahme von Rezession bzw. Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,75 Prozent durch empfindliche Geldstrafen gepflegt.

Es existieren monetäre und fiskalische Konvergenzkriterien: Die monetären Konvergenzkriterien galten überwiegend der Vorbereitung der Währungsunion, die fiskalischen Konvergenzkriterien haben Konsequenzen für die Kreativität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik insbesondere unter den Bedingungen einer gemeinsamen Währung. Die monetären Konvergenzkriterien wurden ausgedrückt in Vereinbarungen über das Niveau der Inflationsrate (Preisanstieg - nicht mehr als 1,5 Prozent über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder), den Wechselkursen (Einhaltung der Bandbreite beim Wechselkursmechanismus), sowie dem Realzins (weniger als 2 Prozent über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder). Die fiskalischen Konvergenzkriterien stehen für die Begrenzung des Haushaltsdefizits (Nettoneuverschuldung - nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), sowie der Staatsverschuldung (nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts).

Geldwertstabilität als währungspolitischer Fetisch:

Die Inflationsrate ist im magischen Viereck (Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) der deutschen Wirtschaftspolitik insbesondere auf Kosten der Vollbeschäftigung immer stärker gewichtet worden. Während im System der festen Wechselkurse von Bretton Woods bis zu Beginn der 1970er Jahre Inflationsraten von 5 Prozent und mehr noch als wenig dramatisch galten, hat sich mit der fortschreitenden Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte eine neue Philosophie herausgebildet. Sie hat zu tun mit der gehobenen Bedeutung der

Finanzmärkte, auf denen die „flexiblen Währungen“ zunehmend gehandelt werden. Vereinfachend lässt sich dabei sagen: Niedrige Zinsen fördern die Investitionsneigungen und sind einfacher zu bedienen, hohe Zinsen aber sichern Kapital-einkommen, sind daher anlegerfreundlich und erhöhen die Währungs-nachfrage. Das sichert zwar noch kein Währungs-niveau und auch keine wirtschaftliche Prosperität, garantiert aber einen relativ hohen Wert des angelegten Geldes.

Der Wert einer Währung wiederum sichert die Leistungsfähigkeit gegenüber den Preisen, begrenzt also den Preisanstieg. Da der Preisanstieg auch Gegenstand von Tarifverhandlungen ist, entwickelte sich die These, dass sich durch geringen Preisanstieg Lohnforderungen eingrenzen ließen. Gleichzeitig entstand das Konzept der „natürlichen Arbeitslosigkeit“: Dieses besagt, dass ein bestimmter Sockel an Arbeitslosigkeit - durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt - die Lohndisziplin der Gewerkschaften und damit ein wettbewerbsfähiges Preisniveau sichern könne. Hochzinspolitik und Deflation zu einem hohen Preis, dem Missmanagement der Politik gegenüber zukunftsfähiger Arbeit und sozialen Fortschritt.

Wenn randständige Volkswirtschaften mit Investitionsbedarf durch Hochzinspolitik Schaden erleiden, dann verliert das Geld auch seinen Wert. Das Konzept der Konvergenzkriterien beinhaltet im Wesentlichen eine Ausrichtung an den preisstabilsten Ländern. Das werden insbesondere jene Länder sein, die bisher nicht - wie etwa mediterrane oder osteuropäische Staaten - auf strategische Abwertungen ihrer nationalen Währungen angewiesen waren, um ihre Produkte auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu halten. Das heißt auch, Inflationsziel und andere Maßnahmen sind entgegen der Stabilitätshilosophie relativ. Relativ sicher wird die EZB eine Bank der exportorientierten, potenten Volkswirtschaften Europas.

Der Euro heizt die Konkurrenz in Europa weiter an:

Die Wechselkursbandbreite innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) regulierte bislang die Geldmengen auf dem Markt. Wurde eine europäische Währung zu spekulativen Zwecken vom Markt gekauft, griffen die anderen europäischen Notenbanken mittels eines gemeinsamen Fonds der entsprechenden Volkswirtschaft unter die Arme, in dem sie eine bestimmte Menge der besagten Währung aus ihren eigenen Devisenreserven entnahmen und auf den Markt warfen: Sie konnten auf diese Weise das entsprechende Währungsangebot stabil halten, eine volkswirtschaftlich sinnvolle Sache. Nach den Attacken des windigen Spekulanten George Soros und anderen auf das britische Pfund wurden Anfang der 1990er Jahre die Zielvereinbarungen innerhalb des EWS faktisch aufgegeben, da insbesondere die Deutsche Bundesbank nicht bereit war, das britische Pfund in der notwendig gewordenen Größenordnung zu stüt-

zen. Zur EURO-Vorbereitung wurde diese „Währungsschlan-ge“ revitalisiert, unter den Bedingungen einer gemeinsamen Währung wird sie hilflos. Marktperformance, Inflation und andere Faktoren lassen sich von schwachen Volkswirtschaften dann nicht mehr durch Währungsabwertungen, sondern überwiegend nur noch durch Löhne, soziale und ökologische Standards und die Staatsausgaben regulieren. Und zwar kräftig nach unten, mit stimulierender Wirkung auf die neoliberalen Konzepte der konkurrierenden Volkswirtschaften. Das wird um so mehr der Fall sein, wie arbeitsintensive Bereiche - wie z.B. die Baubranche - auf dem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt direkter konkurrieren. Schließlich macht der EURO auch die bisher eher national und regional orientierten Branchen mobiler, da Unternehmensplatzierungen im Ausland nicht mehr mit dem Risiko von Wechselkursverlusten verbunden sind. Dieser rückwärts-gewandte Wettlauf birgt zusätzlichen Sprengstoff zwischen den Arbeitnehmern in Europa und ist nicht selten schon heute Katalysator für inner-europäischen Nationalismus.

Der Euro engt die politischen Spielräume weiter ein:

Die fiskalischen Kriterien wurden schließlich sogar Gegenstand peinlicher Manöver der deutschen Bundesregierung, weil sie vom großen Lehrmeister selbst nicht mehr eingehalten wurden. Das verwundert nicht, denn in einer Situation des ausgeprägten Schuldendienstes müssen Zinsen durch Neuverschuldung bedient werden. Sinnvolle Investitionen werden durch deren Begrenzung - wegen der Konvergenzkriterien, denke an Defizitquote - erschwert, worunter wiederum das Wirtschaftswachstum leidet. Werden aber Zinsen durch neue Schulden nicht bedient, verschulden sich die öffentlichen Haushalte langfristig (Staatsverschuldung): Volkswirtschaften bewegen sich in einem Teufelskreis. Wirksame Methoden zum langfristigen Schuldenabbau, eine andere Zinspolitik, sowie eine angemessene Steuerschöpfung - da, wo gutes Geld fließt - werden durch die Auswirkungen des geltenden EURO-Konzepts erheblich eingeschränkt.

Ein neo-sozialistisches Europa ist also weit entfernt, die Vernunft spricht leise, doch der EURO ist da. Abhilfe leisten könnte eine progressive Verfassungsdebatte, ein Wettbewerb um die höheren sozialen und ökologischen Standards und die entwickelteren Wirtschaftskreisläufe. Dafür braucht es zu aller erst mehr Demokratie in Europa. Der EURO war also in dieser Hinsicht kein Job-Killer, denn die europäische Linke hat nun viel Arbeit. Für diese Aufgabe braucht sie Auf-traggeber, sie muß Menschen für ein anderes Europa gewinnen. Die Stellenbeschreibung wird lauten: Aus Europa machen, was es ist: Ein Kontinent der Menschen, nicht der Konzerne. Ein Standort des Fortschritts, nicht der neoliberalen Renaissance.



Das GATS und sein Folgen

[David Hachfeld] GATS (General Agreement on Trade in Services) - nicht viele haben diese Abkürzung schon einmal gehört und die Wenigsten wissen, welche Idee sich hinter diesen vier unscheinbaren Buchstaben verbirgt. Und doch ist das GATS wohl eines der wichtigsten internationalen Abkommen, das wie kaum ein anderes unseren Alltag verändern wird. Sein Ziel ist die vollständige Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen.

Dienstleistungen: Ein riesiger Markt.

Zeitgleich mit der Etablierung der Welthandelsorganisation WTO trat das GATS am 1. Januar 1995 in Kraft. Das Abkommen umfasst grundsätzlich alle Dienstleistungen, von Versicherungen und Energieversorgung über Verkehr und Wasserversorgung bis hin zum Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Dienstleistungssektor gehört zu den Wirtschaftsbereichen mit den höchsten Wachstumsraten und erwirtschaftet inzwischen 60 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Allerdings machen Dienstleistungen nur 20 Prozent des Welthandels aus, was zeigt, welches Profitpotential durch weitere Liberalisierungen freigesetzt werden würde. Jährlich werden weltweit 1 Billion US\$ für Wasserversorgung, 2 Billionen US\$ für die Gesundheitsversorgung und 3,5 Billionen US\$ für das Gesundheitswesen ausgegeben. Bisher ist der größte Teil dieser Dienstleistungen öffentlich organisiert und damit nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet.

Freihandel als Grundprinzip:

Genauso wie in den anderen WTO-Verträgen ist das Ziel des GATS eindeutig definiert: Der Handel mit Dienstleistungen soll weltweit liberalisiert und handelsbehindernde Regulierungen abgebaut werden. Nachhaltige Entwicklung, Umwelt- und Sozialstandards spielen im GATS keine Rolle. Der WTO geht es lediglich um uneingeschränktes Wachstum des Dienstleistungshandels und nicht um die Frage, wie dieser zum Wohle der Menschen und der Umwelt gestaltet werden kann. Das Abkommen stützt sich auf dieselben Grundprinzipien, die für den Handel mit Waren bereits im GATT festgelegt wurden. Es geht um einen unbeschränkten Marktzugang im Weltmaßstab. Bestehende Übergangsregelungen, die auch Ausnahmen von der Liberalisierung vorgesehen hatten, wurden zeitlich begrenzt und sollen nun im Rahmen weiterer Verhandlungsrunden innerhalb der WTO aufgehoben werden.

Die Folgen des GATS:

Konzentrierte sich das GATS bisher auf Sektoren, die hauptsächlich in privater Hand sind, so geht es nun vermehrt auch um vorwiegend staatlich geleistete Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung und auch das öffentliche Beschaffungswesen soll integriert werden. Damit verkleinert sich der Spielraum von Regierungen, öffentliche Aufträge an bestimmte Bedingungen wie zum Beispiel die Bevorzugung lokaler Firmen, die Einhaltung von Menschenrechten oder Umweltschutzgesetzen zu knüpfen. Wird ein Dienstleistungssektor dem GATS unterstellt, so beginnt in diesem Bereich der Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern. Das Prinzip der Marktöffnung sorgt dafür, dass jedes Unternehmen unbeschränkt seine Dienstleistungen auf den Markt bringen und Tochterunternehmen oder Filialen in anderen Ländern gründen kann. Das Prinzip der Inländerbehandlung sorgt dafür, dass keiner der Wettbewerber bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Staatliche Zuschüsse sind dann nur noch möglich, wenn sie jeder Anbieter bekommt, egal ob transnationaler Konzern oder inländischer Kleinanbieter. Der Konkurrenzdruck sorgt dafür, dass alle Anbieter versuchen müssen ihre Kosten zu senken, um im Wettbewerb zu bestehen. Dies geschieht durch Rationalisierungen, durch die Aufgabe unrentabler Bereiche, durch die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und durch den Abbau von Leistungen in weniger rentablen Bereichen.

Die Situation der "ärmeren" Länder:

Das GATS wurde maßgeblich von Industrieländern eingesetzt. In diesen Ländern sitzen die Hauptgewinner des Abkommens, alle großen Dienstleistungskonzerne haben hier ihren Sitz. Die meisten südlichen Länder haben im Gegensatz dazu einen sehr schwachen Dienstleistungssektor. Sie haben in diesem Bereich entsprechend wenig zu handeln, müssen sich aber verpflichten, ihre Märkte zu öffnen. Im Gegenzug werden sie mit lapidaren Zugeständnissen in anderen Bereichen der WTO, wie der Landwirtschaft oder der Medikamentenpatentierung, abgespeist und nicht selten auch mit ihrer Abhängigkeit von Entwicklungshilfe, Krediten oder Schuldenerlassen erpresst.

Gedanken

Bin ich Ami, bin ich Laden

Sozialdemokraten im Krieg: die Abschaltung des Restverständes mit humanitärer Hilfe

[Wiglaf Droste] Am 12. September 2001 war Peter Struck ein Amerikaner. Weil ihm dabei nicht recht wohl war, wollte er, dass alle anderen ebenfalls Amerikaner sein müssten. „Heute sind wir alle Amerikaner“, ächzte der glücklose Zuchtmeister der SPD. Hatte er eine Green Card gewonnen? Oder war es nur der ganz normale, habituelle Lug und Trug? Struck mag sich tatsächlich in den Wahn hineinhypnotisiert haben, er fühle sich als leidender Bürger der USA. Wenn er an diesem Mittwoch ein Amerikaner war, was war er am Donnerstag? Lybier? Und am Freitag? Nubier? Finne? Afghane? Vietnameser? Nigerianer? Nichts von alledem, sondern immer nur der immergleiche, unteroffiziersdumme Sozialdemokrat Peter Struck.

Struck war nicht einzige, der sich aufführte, als sei die Friseurin Diana Spencer in Paris ein zweites Mal getunnelt worden. Auch seine Kollegen weideten die Angelegenheit medial aus. Stupide Technokraten konnten sich als Gefühlsmenschen deklarieren, und sie taten es in hysterischer Freude über die Gelegenheit. Der Abschiebeanthroposoph Otto Schily brachte die Hohlformel „unsere amerikanischen Freunde“ in MPI-Salven-Geschwindigkeit an den Mann, und Rudolf Ussama Bin Scharping freute sich ausnahmsweise, kein Medienthema zu sein. Tausende Amerikaner mussten sterben, damit der Hornombomber Scharping weiter Kriegsminister sein darf. Sein Kanzler Gerhard Schröder, der an Scharping festhält, sprach beständig von einem Angriff auf „unsere zivilisierte Welt“. Eine Welt aber, die den Verteidigungsminister Rudolf Scharping duldet, gibt Zivilisation keine Chance.

Was ist Zivilisation? Wer repräsentiert sie? George Bush, dem die rechte Hand vom Unterzeichnen von Todesurteilen lahm? Die Schläge gegen das World Trade Center, das Pentagon und das Weiße Haus verhelfen Bush zur Gelegenheit seines Lebens: Eine Knallcharge darf sich als Führer der freien Welt aufspielen, und keiner lacht. So gesehen war die Attacke gegen die USA ein echter Schlag ins Kontor.

Die Botschaft von New York ist klar: Es geht. Man kann, wenn man skrupellos genug dazu ist, zigtausendfachen und sogar den eigenen Tod in Kauf nimmt und also ein Drecksack de luxe ist, den führenden Drecksäcken richtig wehtun. Und ihnen deutlich machen, dass die Welt alles braucht, aber ganz sicher keine Supermacht. Diese Botschaft scheint deshalb nicht gut, weil sie von Leuten stammt, denen ein Menschenleben vielleicht sogar noch weniger wert ist als George Bush. Dennoch ist die Botschaft richtig.

Darüber wird nicht gesprochen. Politik und Verstand finden medial nicht statt. Gefühle werden ausgestellt, und da gilt: Je weniger einer hat, desto mehr muss er vorzeigen. Gefühle kann man erzeugen, steuern und mobilisieren. Erst heißen sie Trauer und Verzweiflung, dann Rache und Vergeltung. Wer etwas von der Psychologie der Massen weiß und sie nicht für seine Zwecke ausbeuten will, müsste sich hier also zurückhalten. Nicht immer nur das eine Bild zeigen, zu dem „unsere pluralistische Medienlandschaft“, wie der Schleim sich nennt, fähig ist. Sondern sich der Mühe des Wissens und Begreifens unterziehen. Seine Tränen, so man welche dafür hat, für sich behalten. Den Kopf benutzen. Und zur Sicherheit einen Zweizeiler parat haben: Ich kann die Fernsehflenerie nicht leiden. / Wer heulen will, soll Zwiebeln schneiden.

Man ist kein Zyniker, wenn man kühl bleibt angesichts einer Sache, die einen persönlich wenig, politisch aber einiges angeht. Ein Zyniker ist man, wenn man sagt: „Heute sind wir alle Amerikaner.“ Ich war kein Amerikaner und werde auch keiner sein. Peter Struck übrigens auch nicht, aber der Mann ist Sozialdemokrat, also in Friedenszeiten entschieden gegen und in Kriegszeiten mit großem Bedauern sehr für den Krieg. Rudolf Scharping, der Ire aus Lahnstein, singt frei nach Petar Radenkovic: „Bin ich Rudi, bin ich König, bin ich Ami, bin ich Laden.“

Die paar Handvoll jubelnde Palästinenser, die man wieder und wieder zu sehen bekommt, um - ohne zu wissen, wo und wann die Bilder aufgenommen wurden - alle Palästinenser zu präjudizieren und richtig schön billig hassen zu dürfen, sind wahrscheinlich nicht restlos repräsentativ. Sie erinnern aber an die alte Regel, dass arme Schweine sehr leicht eben auch Schweine sind. Solange daran nichts geändert wird, so lange ändert sich nichts.

mit freundlicher Genehmigung der taz - die tageszeitung, vom 14.9.2001

Fantasy- und Science Fiction Thermometer der Gesellschaft?

[Markus Jakovac] Fantastische oder mysterische Stoffe sind schon spätestens seit dem (inzwischen) vorletztem Jahrhundert bekannt. H.P. Lovecraft, Mary Shelleys Frankenstein oder Käpt'n Nemos Abenteuer von Jules Verne entführten schon damals ihre Fans in andere Dimensionen und Welten. Streng genommen finden sich solche Geschichten schon in der Bibel der Christen. Doch so richtig in Fahrt kam dieser Trend erst mit dem sich verbreiternden technischen Fortschritt und dem dazugehörigen Technikglauben, der neue Sichtweisen und Vorstellungen ermöglichte.

Die grünen Marsmännchen von Orson Welles lösten bisweilen Panik in der einen oder anderen kleinen Ortschaft Ende der 30er Jahre aus. Wenige Jahre später wurden Filme wie "20 000 Meilen unter dem Meer" oder "die Zeitmaschine" sogar verfilmt. Schon in den späten 30ern lief "Flash Gordon" im TV. Die Industrialisierung mit ihren erweiterten Konsumangeboten brachte auch eine Kommerzialisierung mit sich, die Fantasy- und Science Fiction-Stoffe am Fließband produzieren ließ. Ob Perry Rhodan – Romane oder die trashigen Hollywood-Spielfilme der 50er Jahre mit grünen Männchen, Robby-Robotern, "Godzilla" aus Japan oder Superman- und Captain America-Comics (die übrigens im 2. Weltkrieg als Kriegspropaganda gegen die Nazis verwendet wurden): Kein Klischee und keine Idee war zu billig, um nicht irgendwie verwertet zu werden. Eine Branche war entstanden und sie boomte. Doch mit dem Anwachsen relativierte sich auch der gesellschaftskritische Anspruch immer mehr. Waren ursprünglich viele Stoffe noch Parabeln auf gesellschaftliche Probleme, so wichen diese Vorstellungen immer mehr bloßem Aktionismus und dem Prinzip der bunten ‚Helden‘ in coolen Kostümen (oder war es umgekehrt?).

Der Grund, warum sie trotzdem so erfolgreich sein konnten, lag wohl nicht zuletzt an der angespannten Situation des Kalten Krieges: Ängste vor dem Atomschlag, die Ohnmächtigkeit davor und das zunehmende Konsum- und Freizeitverhalten suchten ein Ventil. Eine Zuflucht in eine Welt ohne Sorgen, zumindest für ein paar Stunden. Das Fantasy- und Science Fiction-Genre hatte neben der Welt der Bücher auch Romane, Comics, Radio, Kino und das Fernsehen erobert.

Mit den gesellschaftlichen Bewegungen der 60er Jahre ging es mit der Branche erst mal wieder abwärts, nicht zuletzt jedoch auch aus eigenen Ermüdungs- und Wiederholungserscheinungen: Die Branche konnte seinerzeit keine neuen Impulse setzen und die Robby- Roboter lockten schon lange nicht mehr zwangsläufig in die Kinos.

Diese Entwicklung hatte aber auch positive Folgen, denn neue

und auch wieder gesellschaftskritische Stoffe fanden den Weg zu einem Massenpublikum: Die sog. Blumenkinder der 68'er Generation verschlangen plötzlich Tolkiens "Herr der Ringe" – Trilogie, welche neue Maßstäbe setzte und heutzutage die Kinosäle füllt. In den frühen 70er Jahren fanden interessante Stoffe wie "Soylent Green" (Polizist entdeckt, daß Menschen von Fleisch von Leichen in kleinen grünen Häppchen ernährt werden) oder der Öko-Science-Fiction "Silent Running" (die letzten Pflanzen und Tiere werden in Raumschiffen gehalten und sollen entsorgt werden) in die Kinos und selbst der "Planet der Affen" verarbeitete Eindrucks-voll die Schrecken des Atomkrieges, Rassendiskriminierung und Tierrechte in einem. Doch wie bei jede neuen Welle folgen schnell Teil Zwei, Drei und beim letztgenannten Film sogar Teil Sechs (!) und vom gesellschaftskritischem oder gar aufklärerischem Anspruch bleibt nur noch der Name im Titel. Den nächsten Schub für das Genre besorgten anschließend nicht neue gesellschaftliche Bewegungen sondern die Filmtechnik: Etwa "Alien", aber vor allem "Star Wars" setzten neue Ansprüche in der Technik. Es war zu Beweisen, daß mit großem Aufwand sich wohl selbst einfache Geschichten erfolgreich verpacken lassen. Durch diesen Erfolg entstanden (und entstehen) nicht nur mehrere Fortsetzungen, auch Nachahmer bereicherten die Kinos und Fernseher mehr oder weniger. Alte Fossile wie Lorne Greene (Bonanza) taten Dienst auf dem "Kampfstern Galactika", tauten längst vergessene Stoffe wie "Buck Rogers" wieder auf (im wahrsten Sinne!) und selbst für die Kleinen rettete "Captein Future" vom längst vergessenen Massenschreiber Edmund Hamilton in meiner Kindheit im Fernsehen und (recht gut gemachten) Comics die Welt und ist heute immerhin noch Kult. Gute Stoffe fanden ihre Nischen und etwa die Verfilmung von "Per Anhalter durch die Galaxis" oder ein paar (wenige) gutgemachte sozialkritische Comic-Ausgaben von "Green Lantern" und "Green Arrow" –Comics (die momentan von Panini in Deutschland mit knapp 400 Seiten als "hard travelling heroes" nachgedruckt werden) zeugen davon.

Doch "Star Wars" und mit etwas Verspätung auch "Star Trek" revolutionierten nicht nur die Tricktechnik, sondern auch eine Branche, die sich Merchandising nennt: Bücher, Sammelkarten, Figuren, Plüsch-Bettbezüge, PC-Spiele, Comics, Poster, Spiele, Verkaufsvideos, kommerzielle Fanclubs und sogar eine eigene "Klingonen"-Sprache (mit Wörterbuch!) entwickeln die Macher und Lizenznehmer von LucasFilm, Paramount und Co und verdienen daran seit Jahren Summen in der Unterhaltungsindustrie mit denen wohl nur noch der Disney-Konzern mithalten kann. Die treuen Anhänger sind gut situiert und kaufen so ziemlich alles. Sie glauben an ihre jeweilige Serie im wahrsten sinne des Wortes (in England

zählt das statistische Landesamt "Jedi" inzwischen als Religion!) und dank ihrer Kaufkraft wird es die "Föderation" und die "Macht" der "Jedi" wohl noch sehr lange geben.

Trotz aller neuer Medien konnten sich im Print-Bereich über die Jahre Fließbandproduktionen durchsetzen und Romane wie "Perry Rhodan" oder "Maddrax" erscheinen auch heute noch sehr erfolgreich. In den frühen 90er Jahren belebte die Computer-Tricktechnik nicht nur das Fantasy- und Science Fiction-Genre im Fernsehen erneut, weil aufwendige Tricktechnik nun plötzlich bezahlbar und damit rentabel wurde – es folgten massenweise Serien wie "Herkules" und "Xena", oder "Stargate" aber auch "Babylon 5" - die vom ihrem jeweiligen Anspruch soweit auseinander liegen dürften, wie die Tiefen des Alls. Vom Aufkommen im Fernsehen konnten auch andere Medien profitieren: In der Comicbranche boomten anfänglich die amerikanischen Superhelden, gefolgt heute von einem breitem SF- und Fantasy-Programm, daß anspruchsvolle Alben (z.b. im Carlsen-Verlag die Welt von "Troy") und interessante Hefte wie die Cliffhanger- Reihe bei Dino ("Crimson") oder Miniserien des Labels "Generation Comics" bei Panini hervorbringt. Bei den Büchern dürfte am augenfälligsten der "Harry Potter"- Boom sein, einem kleinen elf-jährigem zaubernden Helden, mit dem sich viele Kinder identifizieren können. Kinder lesen also doch Bücher. Inzwischen in über 40 Sprachen übersetzt und mit endlosen Fortsetzungen bereits versehen, kam schon kürzlich die erste Verfilmung in die Kinos und dürfte nur noch von der aktuellen "Herr der Ringe"-Verfilmung übertroffen werden. Die US-Filmindustrie vermerkte, daß sie 2001 ihren besten Jahresabschluß aller Zeiten zu verbuchen habe und die "magische 8 Milliarden-Dollar-Grenze" dank der Filme "Harry Potter", "Shrek" und "Herr der Ringe" übertroffen werden konnte.

Erstaunlich, zumal aufgrund der Terror-Erfahrungen und des Krieges in Afghanistan auch hätte erwartet werden können, daß die Konsumenten sich zurückhalten würden. Hatte die Filmindustrie nach dem "11.9." angekündigt, besonders actiongeladene Spielfilme erst mal einzufrieren. Doch scheinbar trifft die Beobachtung zu, daß um so schwerer die Zeiten, um so besser läuft die "Flucht" in andere Welten - dank der Unterhaltungsbranche kein Problem, um abzuspannen und die Welt um sich für einen Augenblick zu vergessen. Insofern ist der Output aus Hollywood und Co wohl als eine Art Thermometer des Zustandes der Welt zu begreifen. Je schlimmer die Lage, je ohnmächtiger das eigene agieren vor Globalisierung, Krieg, Terror und Arbeitslosigkeit, desto größer ist der Wunsch, mit den Jedi oder Harry Potter abzuspannen oder sich von Superman für ein paar Minuten die Welt retten zu lassen.

Buchrezension

Robert Connell Clarke: „Haschisch“ Geschichte, Kultur, Inhaltsstoffe, Genuss, Heilkunde, Herstellung

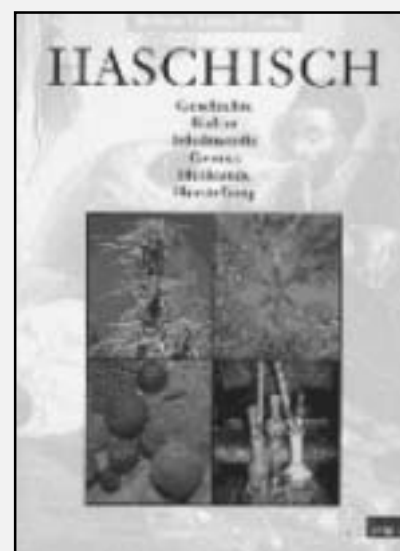
Aarau (AT-Verlag), 2000
380 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, DM 59,90

Robert Clarke ist einer der kompetentesten Autoren zum Thema Hanf. Das stellt er auch hier unter Beweis. Der Titel faßt den Inhalt des Kompendiums kurz und treffend zusammen. In "Haschisch" hat Clarke sich darauf "beschränkt", alles zusammenzutragen, was es zu dieser besonderen Verarbeitungsform des Hanfes zu wissen gibt. Sehr umfangreich und mit vielen Abbildungen versehen stellt er umfassend das beliebteste illegalisierte Genussmittel Westeuropas vor. Wer sich tiefgehend inhaltlich mit Haschisch beschäftigen möchte, findet in diesem Buch wirklich (fast) alles zusammengetragen, was Freunde des gepreßten Hanf-Harzes interessiert.

Auch, wenn "Haschisch" recht gut verständlich geschrieben wurde, leidet die Übersichtlichkeit manches Mal an daran, daß die Kapitel sich zum Teil aufeinander beziehen. Auch die Übersetzung ist leider nicht so überzeugend gelungen, wie man es üblicherweise vom renommierten Schweizer AT-Verlag gewohnt ist (Konjunktive, lieber Herr Seipel!). Positiv ist anzumerken, daß Clarke es verstanden hat, als offensichtlicher Haschisch-Fan ein Buch zu schreiben, daß an keiner Stelle zum Konsum auffordert, sondern sich tatsächlich auf Information und Aufklärung beschränkt. Auch werden Vermutungen bzw. Hypothesen auch als solche benannt und nicht, wie es leider in populärwissenschaftlichen Büchern eine verbreitete Unsitte ist, als gesicherte Erkenntnisse der Drogenforschung dargestellt. Das

tut der sachlichen Diskussion zu diesem Thema nur gut, ist in der Pro-Hanf-Literatur aber leider (noch) nicht selbstverständlich.

Leser, die viel Zeit mitbringen, werden sich sicherlich nicht an Feinheiten der Übersetzungskunst oder Kreuz- und Querweisen stoßen, sondern viel Freude an der Informationsfülle und den vielen Abbildungen und Tabellen in Clarks Werk haben. Durch Glossar, Literaturliste und Stichwortregister wird daraus praktisch sogar ein geeignetes Lehrbuch für alle, die so richtig Ahnung vom Thema haben wollen. Um es kurz zu machen: als Schmökler ist "Haschisch" nur mittelpfänglich geeignet, für das ausführliche Studium hingegen empfehlenswert.



Comiczension

SP. Gosset, B.J. Kayl: „The Red Star“ Rfortlaufende 2-monatliche Serie) VOL # 3 am 28.02.02
je 28 S. / Heft: 3.10 Euro

Die Geschichte einer großen Schlacht mit bisweilen tragisch an den aktuellen Krieg zwischen den USA und Afghanistan erinnernden Momenten, erscheint seit einigen Monaten nun beim kleinen Raststatter Verlag mg publishing in zweimonatlicher Folge als deutsche Ausgabe der gleichnamigen amerikanischen Image-Reihe.

Erzählt wird aus Sicht der Soldatin Maya Antares rückblickend vom neunten Todestag aus, als sie ihren Mann bei der entscheidenden Schlacht zwischen den vereinten Republiken des roten Sterns (erinnert sehr an die UdSSR) und der Nation Al'Istan, verloren hatte. Damals schlachtete die unbezwingbar erscheinende Rote Flotte bei einem brutalen Übergriff die religiösen Kämpfer Al'Istans ab bis eine Art Magier auftauchte und das Blatt drastisch wendete...

In einer Mischung aus Technologie und Mystik entsteht eine Geschichte aus Trauer und unmenschlicher Gewalt, die nach und nach ein fiktives historisches Gebäude erschafft. Durch atemberaubende Computergrafiken die mit gemädeartigen Zeichnungen gepaart sind, entsteht eine Tiefe, die mitreißt.

Eine größere philosophische Botschaft, als die, daß Krieg immer mit Verlust und Trauer verbunden ist, läßt sich (bisher) nicht entdecken. Doch ist das überhaupt nötig? Der Geschichte tut es keinen Abbruch und in Zeiten von "Harry Potter" und "Herr der Ringe" ist Besinnung auf solche wesentlichen Erkenntnisse vielleicht auch nicht das schlechteste.

Böse Menschen aus vier Jahrtausenden

[Carsten Labudda] Da in dieser Ausgabe der drogenpolitische Schwerpunkt auf der "Zeig-Dich"-Aktion liegt, wollen wir doch mal sehen, welche berühmten und weniger berühmten Menschen sich im Laufe der Geschichte schon gezeigt haben (oder gezeigt wurden). Diese Aufzählung kann sicherlich bei Weitem nicht vollständig sein, das soll sie auch nicht. Aber sie möge doch dem Einen oder der Anderen helfen, sich zu trauen, bei der "Zeig-Dich"-Aktion mitzumachen.

"Von einem Familienstreit erzürnt, ging Shiva allein in die Felder. Dort bot ihm der kühle Schatten einer Marihuanepflanze Zuflucht vor den sengenden Strahlen der glutheißen Sonne. Er wurde neugierig auf diese Pflanze, die ihn vor der Hitze des Tages beschützte, aß ein paar ihrer Blätter und fühlte sich so erfrischt, daß er sie fortan als seine Lieblingsnahrung annahm. Aus diesem Grund wird Shiva auch >Herr des Bhang< genannt."

Wenn nun also sogar ein Gott sich als Hanf-Konsument outet, warum nicht auch Menschen? Da wäre z.B. der chinesische Kaiser Shen Nung, der vor rund 4000 Jahren die Erfahrung machte, daß der Genuß von Cannabis dazu führe, "daß man mit den Geistern kommuniziert und der Körper leichter wird." Etwas später, so um das 13. Jahrhundert, entdeckte der persische Scheich Haidar dann die berauschende Wirkung des Hanfes und verkündigte seinen Untertanen: "Gott, der

Allmächtige hat euch eine ganz besondere Gunst erwiesen. Er hat euch bewußt gemacht, welche Vorzüge dieses Blatt besitzt, so daß ihr es dazu verwenden könnt, die Sorgen aufzulösen, die eure Seelen verdunkeln, und euren Geist von allem zu befreien, was ihn behindert." Und auch in Marokko gibt es bis heute einen Schutzpatron der Kiffer. Sein Name ist Sidi Hidi und sein schönster Ausspruch lautet: "Kif ist wie Feuer. Ein wenig wärmt das Herz, zu viel verbrennt die Seele."

Zugegeben, das ist jetzt alles ziemlich alt. Zu alt, sagst Du? Na gut. Dann schauen wir doch mal, was sich in der Neuzeit so getan hat. Friedrich Nietzsche beispielsweise, der wußte, wovon er schrieb: "Wenn man sich beruhigen will, so muß man Haschisch nehmen." Immer noch zu alt? Zwanzigstes Jahrhundert gefällig? Na, da wäre doch der amerikanische Autor Thomas Pynchon zu zitieren: "Ein unverhoffter Glücksfall hat uns Kif gebracht. Allah erweist uns seine Gunst." Und dann waren da ja noch Louis Armstrong, Malcolm X, Jack Kerouac, Timothy Leary, Ulrich Wickert, Howard Marks, Whitney Houston, Antje Vollmer, Ulla Jelpke, Xavier Naidoo ... Na, wie schon gesagt, die Aufzählung kann niemals vollständig sein. Darum zum Schluß nur ein paar aufmunternde Worte unseres lieben Freke Over, der für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt. Auf der Hanfparade 2001 begann er seine Rede mit den Worten: "Ich kiffe gerne und das lasse ich mir nicht nehmen." In diesem Sinne: Zeig Dich!



Oh, Baba Ku, Allerhöchster, Blumen schmücken dein Grab, auch im Frühling und Winter.

Oh, Baba Ku, Allerhöchster, diese Pfeife ist geraucht, also bring eine andere!

(altes afghanisches Gebet)

INFOBOX

Bundesarbeitskreis Rausch und Drogen (brd)

Mach mit beim Bundesarbeitskreis Rausch & Drogen (brd). Wir beschäftigen uns mit Drogenpolitik in Deutschland und fordern hier eine realitätsnahe und humanen Praxis. Zu unseren regelmäßigen Treffen an verasch. Orten in deutschland ist jeder herzlich eingeladen..

Mit einer schlichten Mail an die Adresse solid-brd-subscribe@yahogroups.de meldest Du Dich in unserer Mailingliste an und kannst dort mitdiskutieren und kriegst immer die aktuellen Infos zum Arbeitskreis zugesandt.

Carsten Labudda
Drogenpolitischer Sprecher von [solid]

Spannende Links zur Drogenpolitik

- www.drogenpolitik.de
- Carsten Labuddas Homepage zum Thema www.drogenpolitik.org
- Der Verein für Drogenpolitik e-V. www.grow.de
- Das Grow!-Magazin www.hanf-aktion.de
- Hanf-Kampagne von [solid] Baden-Württemberg

Es ist Zeit, sich zu zeigen...

[...] "Der Konsum von Cannabis ist längst ein Massenphänomen geworden. Ein immer noch strafbares Massenphänomen, und das, obwohl mit den Konsumverboten des BtmG in erster Linie die Gesundheit des Einzelnen geschützt werden soll. Aufgabe des Strafrechts ist es jedoch nur, grob abweichendes Verhalten zu sanktionieren. Dies ist Konsens in allen Sparten der Kriminalwissenschaften. Nur ein Verhalten, das die Gesellschaft schlechterdings nicht hinnehmen kann, darf strafbar sein. Angesichts der geringen Gefährlichkeit von Cannabis, der massenhaften Verbreitung dieser Droge und in Anbetracht der Gefahren, die aus den Begleitumständen am illegalen Markt resultieren, ist das Konsumverbot nicht mehr zu begründen."

Die Frauenbewegung hat es vorgemacht, als sie Anfang der 70er Jahre zum massenweisen Bekenntnis "Ich habe abgetrieben" aufrief. Die Frauen mögen mir den Vergleich verzeihen, sicherlich war der Druck der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs nach den seinerzeitigen Gesetzen weitaus größer, als die Belastung der Kiffer durch Illegalität, aber hier geht es nur um das politische Mittel der Selbstbeichtigung, das Bewegung in die Sache bringen kann, nicht um eine unangebrachte Gleichmacherei beim Leidensdruck.

Ich begrüße die Aktion von Selbstanzeigern, die mit 2 bis 3 Gramm Stoff aufs Polizeirevier gehen, sich das Zeug abnehmen und sich wieder nach Hause schicken lassen. Dies alles reicht aber nicht aus. Der Justizapparat muß mit Verfahren nur so überschwemmt werden, denn seit der Entscheidung des Verfassungsgerichts können die Gelegenheitsuser zwar nicht mehr bestraft werden, die Strafverfolgungsbehörden müssen aber bis zur vorgegebenen Einstellung die Verfahren betreiben. Auch den Führerscheinstellen und den Verwaltungsgerichten müßte der Zusammenbruch drohen, dann würde man sich hoffentlich beeilen, ihn durch Entkriminalisierung zu verhindern. Bürgerinnen und Bürger, die ihr gelegentliche oder regelmäßige Konsumenten von Cannabis seid, zeigt euch, bekennet euch, damit der Unfug des Konsumverbots ein Ende hat."

Werner Sack
Jurist und Dipl.päd.
Jugendrichter in Frankfurt am Main
(Auszug aus seiner Rede vor der 5. CBK in Karlsruhe)

www.zeig-dich.de

Weitere Informationen zur "Zeig Dich!" Aktion 100.000, ein Forum für Fragen und Anregungen sowie die aktuelle Zahl der eingegangenen Selbstbeichtigungen gibt es im Internet unter www.zeig-dich.de !!!

Mehrere tausend Menschen haben sich bereits der Aktion angeschlossen und die Selbstbeichtigung an das Anwaltsbüro geschickt. Der mutige Anfang ist also schon gemacht. **Mach mit! Gemeinsam sind wir stark!**

Musterbrief

An Rechtsanwältin Rittig
Stichwort – "Zeig Dich!"
Kurt-Schumacher-Straße 43
60313 Frankfurt am Main

SELBSTBEZICHTIGUNG

Sehr geehrte Frau Rechtsanwältin,

hiermit beauftrage ich Sie, diese Selbstbeichtigung solange aufzubewahren, bis eine so große Anzahl von weiteren Selbstbeichtigungen bei Ihnen eingegangen ist (mindestens 100.000), daß eine Strafverfolgung unwahrscheinlich wird. In diesem Fall übergeben Sie diese Selbstbeichtigung den Justizbehörden, ansonsten bitte ich um die Vernichtung dieses Schreibens.

Ich zeige mich,

- weil ich früher Cannabis konsumiert habe
- weil ich gelegentlich Cannabis konsumiere
- weil ich regelmäßig Cannabis konsumiere
- weil ich aus medizinischen Gründen Cannabis konsumiere
- weil ich aus weltanschaulichen/religiösen Gründen Cannabis konsumiere

Meine Anschrift ist:

Vorname

Nachname

Straße

PLZ, Ort

Geburtsdatum und -ort

Beruf (freiwillige Angabe)

Ort, Datum

Unterschrift

mitmachen > ausfüllen > ausschneiden > schicken an >>>

Rechtsanwältin Rittig - Stichwort – "Zeig Dich!" - Kurt-Schumacher-Straße 43 - 60313 Frankfurt am Main

www.zeig-dich.de

„Zeig Dich!“ Aktion 100.000

[Anja Stößl] Die momentane Form des Betäubungsmittelgesetzes (BtmG) der BRD zwingt Polizeibeamte, jedes Btm-Delikt – egal wie geringfügig es auch ist – aufzunehmen und der Staatsanwaltschaft zuzuleiten. Diese stellt dann in der Regel bei konsumorientierten Delikten ein. Dieser Ablauf verursacht nicht nur unnötige und riesige Kosten (für den Steuerzahler), sondern auch Unsicherheit und Diskriminierung für mehrere Millionen Menschen! (Meist ebenfalls Steuerzahler!)

Ein Jugendrichter aus Frankfurt, Richter Werner Sack, hatte die geniale Idee, wie man sich diese Energie raubende Vorgehensweise der Beamten zunutze machen und sie mit ihren eigenen Mitteln schlagen kann, indem man die Behörden mit einer Flut von Selbstbeichtigungen "überschwemmt" und so zum Handeln zwingt. (Mehr dazu unter www.zeig-dich.de) Das grow! Magazin hat die Idee dieses Richters aufgegriffen, einen Rechtsanwalt zur Unterstützung besorgt, welcher die Selbstbeichtigungen sammelt bis mindestens 100.000 zusammengekommen sind, und die Aktion gestartet. Seit einiger Zeit werden auch bei verschiedenen Konzerten (z.B. Hans Söllner) Selbstbeichtigungen gesammelt und Fragen beantwortet. Wir werden demonstrieren, daß der Konsum von Cannabis ein Massenphänomen ist und daher wollen unzählige Bürger, daß sich die Rechtslage ändert! Wenn ein Verhalten so gering gefährlich ist und von so vielen Leuten gemacht wird, dann verliert die Waffe des Strafrechts ihre Berechtigung!

Weitere Informationen zur "Zeig Dich!" Aktion 100.000, ein Forum für Fragen und Anregungen sowie die aktuelle Zahl der eingegangenen Selbstbeichtigungen gibt es im Internet unter www.zeig-dich.de !!!

Mehrere tausend Menschen haben sich bereits der Aktion angeschlossen und die Selbstbeichtigung an das Anwaltsbüro geschickt. Der mutige Anfang ist also längst gemacht.

Mach mit! Sammel mit! Gemeinsam sind wir stark!

Anja Stößel ist freie Publizistin und Autorin des bekannten Hanf-Magazins grow!.

Links:
www.legales-cannabis.de
Website von und mit Anja Stößl
www.zeig-dich.de
Website der Kampagne

Ja, ich will!

['solid] sucht: RedakteurInnen!!!

[Redaktion] Die WARE erscheint als Zeitung des sozialistischen Jugendverbandes ['solid] etwa 3 mal im Jahr und das schon eine ganze Weile...

Damit das so bleibt, brauchen wir DICH! Denn eine gutgemachte Zeitung braucht immer neue Ideen, neue Kraft und neue Leute, die all dies umsetzen, was du gerade in den Händen hältst. Um so eine Zeitung zu erstellen, ist es nötig, daß zuerst ein Hauptthema und verschiedene zusätzliche Rubriken in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband beschlossen werden. Dann werden Artikel gesammelt oder selber geschrieben und von jemand Verantwortlichen koordiniert. Das heißt, es wird geschaut, dass die versprochenen Artikel bis zu einem festgesetzten Termin wirklich da sind und auch nichts plötzlich doppelt da ist. Auch um die Suche und Bearbeitung von Bildern und um die Beantwortung von LeserInnenpost muß sich gekümmert werden. Der nächste Schritt besteht darin, das Zusammengetragene auf dem PC zum Layouten zu bringen und die Seiten zu gestalten, die Texte zu redigieren und sich auch um die finanziellen Dinge (Druckerei, Etat, Werbung, Auflage,...) zu kümmern.


Wenn nun das eine oder andere davon dein Interesse geweckt hat, habe keine Hemmungen, uns anzumailen oder anzurufen! Wir suchen Leute, die sowohl eine Rubrik verantwortlich übernehmen wollen, ebenso wie Leute, die Lust haben Bilder zu bearbeiten oder eine Seite zu gestalten. Es macht dabei nichts, wenn du mit Layoutprogrammen oder gar mit dem PC wenig bis gar keine Erfahrung hast - alles ist im Team erlernbar! Wenn du schon Erfahrungen mit den nötigen PC-Programmen hast, um so besser! Natürlich freuen wir uns auch, wenn du nur ein paar Artikel oder Ideen, Fotos etc. beisteuern möchtest. Jede Hilfe ist willkommen damit der Generationenwechsel beginnt.

Wir bieten zwar kein Geld (*wo kämen wir denn da hin!*), aber eine coole Arbeit mit Chance auf Verwirklichung eigener Ideen in einem netten und solidarischen Team, wo man ne' Menge in Sachen Zeitung machen, lernen kann.


Also, melde dich am besten per eMail unter: redaktion@dieware.de oder per Telefon bei unserem Chefredakteur Gregor unter (0761) 76 92 89 3.

Heia Safari mit Osama


Ein Würfelspiel für 2 bis 6 SpielerInnen




START




1




2




3




4




5




6




7




8




9




10




11




12



13



14



ZIEL:

Anleitung:



Vom Prinzip wie beim „Mensch, ärgere dich nicht“ versuchen Osama und seine treuen Gefährten nach Amerika zu gelangen. Je nachdem, wieviel du gewürfelt hast, gehst du die entsprechenden Felder auf dem Spielfeld vor. Wenn du auf eines der Sonderfelder gelangst, mußt du daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen, die im folgenden aufgeführt werden. Viel Spaß!

- (1) Du gewinnst einen Krieger hinzu - also darfst du nochmal würfeln!
- (2) Streicheleinheiten mit Jacko, Bubbles & Co lassen dich eine Runde aussetzen!
- (3) Eine Gebetsrunde mit Pilgerfahrt nach Mekka lassen dich 7 Felder zurückkehren!
- (4) Eine Verschnaufpause auf Malle bringt dir neben Onkel Jürschen und viel Bier 2 mal aussetzen!
- (5) Während Herr Rossi das Glück noch sucht, beschert es dir 6 Felder vor!
- (6) Der deutsche NATO-Beitrag fördert eine alte Geheimwaffe wieder zutage und führt dich wieder zum START!
- (7) Mit dem Wüstenpanzer geht es schneller voran: Du darfst nochmal würfeln!
- (8) Verona ist einen Augenblick wert und 1 mal aussetzen!
- (9) Eine neue (unverschleierte) Gefährtin im Kampf gegen den westlichen Imperialismus bringt dich 7 Punkte vor!
- (10) Angie-Maus ist auch einen Anblick wert, führt dich jedoch 7 Punkte zurück!
- (11) George Dabbelju nimmt dich unter seine Fittiche und lädt dich zu einem Dauer-Urlaub auf Guantanamo ein: Du gehst zum Start zurück!
- (12) Diesmal bringt dir Herr Rossi's Glück 5 Punkte nach vorn!
- (13) Planschen im Pool mit Rudi lenkt ab und läßt dich 3 mal aussetzen!
- (14) Vorsicht bissiger Hund! Einmal aussetzen!
- (15) Upps, da ist die Bombe zu früh losgegangen... Und zwar mit dir: Du scheidest aus!

LeserInnenbriefe

Liebe Ware - Redaktion,

nach eurer Aufforderung in der letzten Ausgabe das Format zu beurteilen schrieb ich diesen Leserbrief. Das Zeitungsformat finde ich aus zwei Gründen schlecht: Zum einen ist es zu groß. Dadurch ist es unpraktischer zu Lesen und eignet sich weniger die Ware unter die Jugendlichen zu bringen, da sich diese durch die Bleiwüste abschrecken lassen. Zum anderen halte ich das Zeitungspapier qualitativ für zu schlecht. Da die Ware vierteljährlich erscheint ist sie starken Belastungen ausgesetzt, weil sie z. B. auf mehrere Infostände mitgenommen wird Sie sieht nach zwei Monaten ziemlich zerknittert und mitgenommen aus. Das vorherige Hochglanzpapier finde ich viel zu elitär. Deshalb kann sich dies auch ein sozialistischer Jugendverband nicht leisten. Und das ist gut so GenossInnen!

Ich plädiere für das traditionelle DIN A4 Format mit Softcover wie es auch andere linke Organisationen z.B. SDAJ verwenden. Inhaltlich sollten Artikel zur Einführung in linke Theorie (dialektischer Materialismus, Politische Ökonomie, Anarchismus,...) unbedingt enthalten sein, da es im Verband viele politische Neueinsteiger gibt, die keinerlei theoretischen Hintergrund haben. Sehr gut ist die ansprechende Sprache in den Artikeln. Die letzte Seite ist genial.

TOBIAS H., CADOLZBURG (BAYERN)

Hallo Tobi!

Erstmal Danke für deine Reaktion auf unsere Frage vom letzten Mal. Beim Zeitungsformat wissen wir, daß dessen Größe etwas ungünstig ist. Das aber die zielgegruppent* Buben und Mädels durch unsere „Bleiwüste“ abgeschreckt würden, halte ich jedoch für ein gutgestreutes Gerücht. Die Qualität des Papiers...na ja, klar. Wenn der Stapel mit dem (zur Zeit real existierenden) Schneematsch in Berührung kommt, wird er auch zu Matsch, aber sieh's mal so: Das würde er auch beim edelsten Edelholzpapier. Der Preis ist, wie du sicher weißt, wenn du aufmerksam beim letzten Mal gelesen hast, bei

diesem Papier nun mal unschlagbar. Auch gegenüber anderen DIN A4 -üblichen -Papierformaten. Wir haben wirklich alle Möglichkeiten geprüft. Allerdings erwägen wir ernsthaft (ohne schon was versprechen zu können!) das Format zu halbieren - bei verdoppelter Seitenzahl und diesem Papier.

Bei einem muß ich dir vehement widersprechen: Ich finde es absolut nicht gut so, daß ein sozialistischer Jugendverband sich kein elitäres Hochglanzpapier leisten kann! Was natürlich nicht heißen soll, es auch zu nehmen!-) Außerdem muß es auch nicht sinnvoll sein, sich nur an anderen linken Organisationen zu orientieren, denn wir wollen es ja etwas weiter bringen als unsere sozialistischen Wettbewerber. Auch deshalb tut ein wenig inhaltliche Abgrenzung gut und eine Einführung in den dialektischen Materialismus dürfte in speziellen Broschüren und auf Seminaren sinnvoller aufgehoben sein, da eine Verbandszeitung wie die WARE eine andere Funktion erfüllt und gar nicht zweckmäßig inhaltlich darauf eingehen könnte, was nicht der Sache dienlich wäre, oder?

* Achtung! Ich führe hier ein neues Adjektiv ein.

Hallo, sehr geehrte Jugendliche der Redaktion,

in Eurer Zeitung Nr. 6 sind auf Seite 06 und 11 Bilder zu sehen, die Demonstranten mit einer Vermummung zeigen. Ich, Egbert L., (bin 64 Jahre alt) habe etwas gegen Vermummte, weil:

- diese sich verbergen, aber ihre Meinung sagen wollen (das geht nicht zusammen)
- diese sich selbst ihrer Menschenwürde berauben, sie machen sich unfrei, sie zeigen sich nicht offen
- diese vielleicht selbst etwas verbergen wollen und dabei habe ich den begründeten Verdacht, daß Sie in die Demonstration eingeschmuggelt sind, soll heißen, daß sie Trittbrettfahrer mit anderen Absichten als die Demonstration haben.

Gebt mir doch bitte eine Erklärung, warum Ihr als Bildredaktion solche Vermummte zeigt. Was wollt Ihr denn den anderen jungen Menschen damit sagen? Vielleicht verstehe ich dabei einiges nicht - vielleicht habt Ihr gelegentlich Zeit, mir das zu beantworten. Eilt nicht. Weiterhin viel Erfolg - Eure Zeitung zeigt viel Fleiß, der Inhalt ist wichtig, das Aussehen ist bedeutsam - so meine ich.

EGBERT L., BEESKOW

Sehr geehrter Egbert,

Vorweg möchte ich sagen, daß wir Fotos von Demonstrationen relativ willkürlich schießen und ebenso willkürlich (nach grafischen Gesichtspunkten) zu den Texten hinzufügen, bei denen wir meinen, daß sie ästhetisch passen oder inhaltlich irgendwie zusammenhängen können. Gestatten sie mir auch festzustellen, daß es sich bei den Kapuzenträgern in meinen Augen nicht um wirklich Vermummte handelt, da die Gesichter in der Regel zu sehen sind.

Aber ich möchte auch inhaltlich auf ihre Argumente eingehen. Ich stimme ihnen zu, daß es auf eine gewisse Weise wirklich die Menschenwürde verletzt, wenn die Demonstrierenden sich nicht offen zeigen (können). Oft hängt dies einfach damit zusammen, daß vor allem bei Demos gegen Rechts Neonazis gegen sie demonstrierende Personen beobachten und fotografieren. Unter die Fotografierten sind vor allem aktive Antifa-AktivistInnen, die später per „Steckbrief“ von den Rechten verfolgt und mit Gewalt bedroht werden. Um sich Unannehmlichkeiten dieser Art zu ersparen, vermummen sich viele Demonstranten. Auch mit dem „Verfassungsschutz“ haben einige Menschen schon unangenehme Erfahrungen machen müssen, die in eine ähnliche Richtung weisen.

Natürlich kann man auch nie ausschließen, daß sich Personen „einschmuggeln“, die andere Absichten haben – zum Beispiel die Polizei bewußt zu provozieren, um die Demonstrierenden zu diskreditieren. Doch dies dürfte bei Demonstrationen mit Vermummten wirklich nur (wenn überhaupt) eine kleine Minderheit sein. Wichtig ist es dann, solche Leute zu isolieren und sie so an ihren dubiosen Machenschaften zu behindern. Ich hoffe, sie konnten die Argumentation ein wenig verstehen und „mögen“ die Vermummten nun ein wenig mehr. Wir sollten es nicht mögen, daß Menschen aufgrund von Restriktionen und Gewaltbedrohung gezwungen sind, sich bei der Äußerung ihrer Meinung verdecken zu müssen.

Bei den von ihnen angesprochenen Leuten allerdings dürfte es sich lediglich um eine modische Erscheinung handeln: So wie bei den Grünen in den 80ern der Wollpulli und Schal zum guten Ton gehörte, stehen viele Jugendliche aus der linken Szene heute auf den Kapuzenlock.

Geht an alle:

Ihr könnt uns übrigens jederzeit LeserInnenbriefe mit Kritik, Anregungen, Vorschlägen und Fragen schreiben. Falls auch mal Briefe nicht veröffentlicht werden können (oder sollen), so lesen wir wirklich alle und beantworten sie auch gegebenenfalls. Erreichen könnt ihr uns per Post und Fax, indem ihr eure Nachricht an den Bundesverband (siehe Impressum) mit dem Vermerk, an Redaktion Die WARE schickt oder ihr mailt uns einfach an die Adresse interaktiv@dieware.de

Eure Redaktion

Latschen und Frieren braucht Vorbereitung: Ein Rückblick auf die diesjährige Luxemburg-Liebkecht-Demo.

[P ROLL] Grippe, Plattfüße und Hüftgelenksverschleiß. Wo kann man sich all diese körperlichen Gebrechen auf einen Schlag holen? Na klar, bei der Urmutter aller Demonstrationen, der LL-Demo. Auch dieses Jahr fand am 13. Januar das kollektive Massenfrieren in Blockformation statt. Die meisten Menschen sehen nur die Demo an sich. Diese Jahr aber wollen wir hinter die Kulissen sehen und die Vorarbeit zu diesem phantastischen Latschereignis beleuchten:

Um den reibungslosen Ablauf der des Vor-Demo-Tags zu gewährleisten, wurden natürlich die Besten der Besten mit dieser Aufgabe betraut. Hierbei handelte es sich um niemand geringeren als die famose Jugendwahlkampfbeauftragte Katja und den populären Landessprecher Alex B.. Beide konnten ihr Glück kaum fassen als sie erfuhren, daß sie es sein würden die, die eintreffenden Horden der anderen Landesverbände bemuttern dürfen. Ihre Freude kam besonders zum Ausdruck, als sie verzweifelt die Köpfe gegen die Wand schlugen und Bibeltexte wie „Herr erbarme dich“ oder „Laß diesen Kelch an uns vorüber gehen“ zitierten.

Nordheuser Doppelkorn und Tesafilm

Nach diesem intensiven biblisch untermalten Freudentanz und zwei Flaschen Nordheuser Doppelkorn, waren die beiden einsatzbereit. Voller Elan stürzten sie an die Arbeit und entwarfen einen nahezu genialen Plan, Auto mieten, damit teuer aussehende spottbillige Lebensmittel kaufen fahren und diese dann am Tag X zu verteilen. Von dem Plan die Lebensmittel prozentual nach der Beitragszahlungsmoralität der einzelnen Verbände zu vergeben, wurde in Anbetracht der hohen Zahl der zu erwartenden Hungertoten abgesehen. Dieser Plan scheint zugegeben auf den ersten Blick nahezu perfekt. Aber der Teufel steckt mal wieder im Detail. Wir alle wissen, das Berlin finanziell auf dem letzten Loch pfeift und das auch wir sparsam sein müssen. (Dieser Satz ist eine Auflage des Senates von Berlin.)

Um diese Sparsamkeit zu unterstützen, entschlossen sich unsere beiden Polithelden die notwendigen Versorgungsutensilien in einem namhaften Großmarkt zu besorgen. Dummer Weise benötigt man zum Einkauf in einem solchen Markt eine Berechtigung, für diese wiederum benötigt man ein Gewerbe. Da Menschenhandel und das dealen mit Drogen leider immer noch keine anerkannten Berufe und bestenfalls einen Urlaub in der Sammelzelle bringen, waren Boris-Man und Katja-Girl gezwungen nach Alternativen zu suchen. Durch gezielte Bestechung der Toilettenfrau brachten sie einen Genossen in Erfahrung, welcher eine solche Karte besaß. Erst weigerte er sich vehement die Karte heraus zu geben. Er wurde aber alsbald einsichtig, nachdem man ihn an den Stuhl gefesselt, ihm die Augenlieder mit Tesafilm nach oben geklebt hatte und ihn sechs Stunden die Schwarzwaldklinik schauen ließ. Den Betroffenen wimmernd in der Ecke zurück lassend zogen die beiden triumphierend die Karte in der Tasche von dannen.

Agressiver Handschweiß & Einlaßfachangestellten

Im Markt angekommen stellten sie fest das die Karte vermutlich durch aggressiven Handschweiß konterminiert wurde und somit nicht mehr funktionstüchtig war. Wieder spielten sich apokalyptische Szenen der Verzweiflung ab. Unter den wachsamen Augen des Einlaßfachangestellten standen die zwei vor Gram gekrümmt über ihre Einkaufswagen gebeugt und jammerten das die Schwarte kracht. Ein Glück ist Sandra B. beim Parteitag und nicht hier, die hätte uns verbal so eine

reingezimert, daß wir unsere Trommelfelle als Turnbeutel hätten nehmen können, dachten sich die beiden. Na klar, der Parteitag, da rennt doch garantiert einer mit noch so einer Karte herum. Im elegant anmaßenden Turbosprint rasten die beiden über den Parkplatz zum LL-Demo-Einsatzmobil. Nach einem kurzen Anfall von Atemnot, welcher auf den nicht zu gering ausfallenden Tabakkonsum der beiden zurück zu führen war, ging es los.

Rinderwahnsinn und Hyperaktivität

Berlin ist ein Dorf, ein Glück auch, sonst wäre es kaum möglich gewesen in einer eineinhalb Stunden den Ort der Tagung zu erreichen. Dort angelangt ging alles sehr schnell, Alex B. blieb mit laufenden Motor vor der Tür stehen Katja H. stützte in das Gebäude und war bereits nach fünf Minuten zurück. Wir alle können uns vorstellen, wie schrecklich diese Kartengewinnungsaktion ausgesehen haben muß wenn man die kurze der Zeit bedenkt und wir uns an das erste Opfer erinnern. Zurück am Markt angekommen ging trotz des in der Zwischenzeit eingetretenen Zeitdrucks alles sehr geregelt und überlegt zu. Die beiden rannten mit den Wagen und den Listen bewaffnet ohne Rücksicht auf Verluste durch den Laden. Es

hatte fast den Schein als wenn die beiden vorübergehend unter einer Kombination von Rinderwahnsinn und Hyperaktivität leiden würden. Aber vermutlich lag es daran, das sie schon nach zwei Stunden an der Kasse standen. Nachdem sie dann das ganze Gerümpel aufgeladen, verschifft, abgeladen und auf gebaut hatten, sackten sie neben dem Tresen zusammen, jedoch waren diesmal eher nicht so biblische Aussagen zu vernehmen, wir wollen die genaue Redensart nicht wiederholen.

Sicher stellt sich dem einen oder andern die Frage, wie ich an all diese Informationen komme und unerkannt bleibe. Die Antwort ist einfach, ich habe seit dem Sommercamp so gehungert, dass ich mich ohne größeren Aufwand als Fahnenstock tarnen kann, somit war es mir möglich die ganze Zeit hinter dem Fahrersitz zu liegen. War aber auch etwas doof, weil die ganze Zeit dieses Wagenrad von Grabkranz den der BundessprecherInnenrat immer medienwirksam am Demotag abwirft auf mir lag. Vielleicht werden Katja und Boris im nächsten Jahr wieder den Einkauf übernehmen, wir haben auch schon gefragt, wenn sie aus dem Schock erwachen, werden wir es genauer wissen.

Halle an der Saale, wir kommen!

Die 3. BDK vom 5. bis 7. April 2002.

[Katja Haese & Carsten Labudda] Auch in diesem Jahr steht uns [solid]s die BDK ins Haus. Die BDK, das steht für die BundesDelegiertenKonferenz und ist der Höhepunkt unseres Verbandslebens, so ähnlich wie ein Parteitag für eine Partei etwa. Nur höher, schneller, weiter und besser!

In diesem Jahr finden wir uns in der schönen Stadt Halle an der Saale zu unserer 3. Bundesdelegiertenkonferenz ein. Und das zur schönen Frühjahrszeit vom 5. bis 7. April. Warum ausgerechnet Halle? Weil in diesem Jahr nicht nur Bundestagswahlkampf ist, sondern auch in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt wird. Und wie schon im letzten Jahr in Kassel, sind auch die Genossinnen und Genossen wieder auf unsere unverzichtbare Wahlkampfunterstützung angewiesen. Und was können wir ihnen besseres bieten, als das größte Highlight unseres Verbandes?!

Außer Vollverpflegung und pennen in der Schlaf"tüte" in einer Turnhalle werden spannende Diskussionen und wichtige Ent-



scheidungen von, durch und mit Euch geführt und gefällt werden. So wird z.B. ein neuer BundessprecherInnenrat gewählt, der [solid] durch das ereignisreiche Wahlkampfjahr führen soll. Das ist die Form, doch wir geben ihr auch einen Inhalt. Mit dem Leitantrag werden wir uns über die zukünftigen Schwerpunkte unseres Verbandes einigen. Mit diesen werden wir uns in die Wahlschlachten 2002 begeben, nicht nur für uns, sondern für alle - denn eine andere Welt ist möglich! Mit Kultur und Politik, Diskussion und Lifestyle werden wir den Sachsen-AnhalterInnen zeigen, dass Sozialismus nicht nur attraktiv ist, sondern sogar wählbar ist!

Und wer darf denn zur BDK kommen? Kommen darf grundsätzlich jedes Mitglied von [solid]. Allerdings haben nur die gewählten Delegierten der Landesverbände, sowie die Mitglieder des BundessprecherInnenrates ein Stimm- und Wahlrecht auf der BDK. Die Delegierten, sowie die Ersatzdelegierten, müssen also zuvor von ihren Landesverbänden gewählt werden. Zuvor wird vom BundessprecherInnenrat ein Delegierten-schlüssel festgelegt, nachdem sich die maximale Anzahl der Delegiertenmandate für jeden Landesverband entsprechend seiner Mitgliederzahl errechnet.

Wer nun kein Delegiertenmandat ergattern konnte, kann natürlich trotzdem zur BDK fahren, er sollte sich jedoch dann mit Delegierten seines Landesverbandes um eine gemeinsame Mitfahrgelegenheit kümmern, da die Finanzmittel des Bundesverbandes und des Landesverbände sehr knapp bemessen sind und die Anreise deshalb in der Regel nur für Delegierte bezuschusst wird. Wer nun für die Bezuschussung und die Mitfahrgelegenheiten verantwortlich ist, erfahrt Ihr am besten bei Eurem Landesverband (siehe Adressen).

Seminare 2002

Unser Angebot für Euch:

Ihr habt dieses Jahr die Auswahl unter folgenden Seminar-Angeboten. Kreuzt einfach das Seminar an, welches ihr besuchen möchtet, an und sendet den ausgefüllten Anmeldestreifen an die Bundesgeschäftsstelle von [solid] - die sozialistische jugend.

- KULTUR & ALLTAGSKULTUR**
16.-17.02. Berlin
- SCHULPOLITIK**
23.-24.02. Dresden
- ALTERNATIVE ENERGIEPOLITIK**
09.-10.03. Stendal
- AUSBILDUNGSPOLITIK**
29.-31.03. Nürnberg
- NS-FASCHISMUS**
04.-05.05. Potsdam
- NATIONALISMUS & INTERNATIONALISMUS**
01.-02.06. Dortmund
- ZEITUNGEN MACHEN**
14.-16.06. Wertpfehl
- TEAMER/INNEN-QUALIFIZIERUNG**
28.-30.06. Berlin
- SOZIALISMUS - WAS IST DAS?**
06.-07.07. Kassel
- POLITIK FÜR JUNGE EINSTEIGER/INNEN**
08.-09.07. Chemnitz

SOMMERCAMP-SEMINARE:

Camp: 25.07.-03.08. Prebellow

- DROGEN & KULTUR**
- POLITIK & ALLTAG**
- BLACK POWER IN DEN USA**
- PERVERSEN-SEMINAR**
- RECHTSEXTREMISMUS & RECHTE STRUKTUREN IN DER DDR**

- DROGENPOLITIK IN DER BRD**
24.-25.08. Erfurt
- GLOBALISIERUNG**
07.-08.09. Weinheim
- DAS LEBEN UND WIRKEN ROSA LUXEMBURGS**
18.-20.10. Magdeburg
- RECHTSEXTREMISMUS & ANTIFASCHISMUS**
02.-03.11. Güstrow
- VIDEO & FILM**
23.-24.11. Potsdam

Hiermit melde ich mich verbindlich für das oben angekreuzte Seminar an. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 10 Euro und kann auf dem besuchten Seminar bezahlt werden.

Name: _____

Anschrift: _____

Postleitzahl & Ort: _____

Geburtsdatum: _____

Telefon: _____

eMail-Adresse: _____

Ort, Datum Unterschrift

Anmeldestreifen an die Bundesgeschäftsstelle:

[solid] - die sozialistische jugend
Kleine Alexander Str. 28
10178 Berlin

per fax: (030) 24 00 93 26
per eMail: info@solid-web.de

infos unter: (030) 24 009 419

Adressen

[solid] Baden-Württemberg
Hölderlinstr. 4 - 69469 Weinheim - tel: (06201) 186902
e-mail: info@roter-pfeil.de - web: www.roter-pfeil.de

[solid] Bayern - c/o PDS
Adam-Klein-Str. 23 - 90429 Nürnberg - tel: (0177) 7986883
e-mail: buero@solid-bayern.de - web: www.solid-bayern.de

[solid] Berlin
Oderberger Str. 47 - 10435 Berlin - tel: (030) 44052311
e-mail: info@solid-berlin.de - web: www.solid-berlin.de

[solid] Brandenburg - c/o WKB S. Ludwig
Cottbusser Str. 53b - 15711 Königs Wusterhausen
tel: (03375) 294634 - e-mail: lsr@solid-brandenburg.de
web: www.solid-brandenburg.de

[solid] Bremen
Falkenstr.14 - 28195 Bremen - tel: (0421) 3387640
e-mail: solid@solid-bremen.de - web: www.solid-bremen.de

[solid] Hessen - c/o PDS
Kurfürstenstr. 8 - 60486 Frankfurt/Main - tel: (069) 706502
e-mail: info@solidhessen.de - web: www.solidhessen.de

ROT(z)frech ([solid] in Mecklenburg-Vorpommern)
Postfach 11 18 - 17301 Pasewalk - tel: (0172) 1943192
e-mail: rotzfrech@pds-mv.de - web: www.pds-mv.de/rotzfrech/

[solid] Niedersachsen
Struckmeyerstr. 9 - 30451 Hannover - tel: (0511) 4584798
e-mail: solid-nds@gmx.de - web: www.solid-niedersachsen.de

[solid] Hamburg - c/o Herber
Hagenbeckstr. 50 - 22527 Hamburg

[solid] Nordrhein-Westfalen
Postfach 1809 - 58408 Witten - tel: (0179) 2323829
e-mail: sprecherinnenrat@solid-nrw.de
web: www.solid-nrw.de

[solid] Rheinland-Pfalz - c/o PDS
PF3028 - 54220 Trier - tel: (0651) 9912797
e-mail: solid-rfp@gmx.de

[solid] Sachsen - c/o Voss
Windmühlenstr. 35/222 - 04107 Leipzig - tel: (0178) 2586972
e-mail: info@solid-sachsen.de - web: www.solid-sachsen.de

[solid] Sachsen-Anhalt - c/o PDS
Ebendorfer Str. 9 - 39108 Magdeburg - tel: (0178) 7650347
e-mail: solid@formativmail.de - web: www.solid-san.de.vu

[solid] Thüringen
Amthorstr. 11 - 07545 Gera - tel: (03685) 709 537
e-mail: info@solid-thueringen.net
web: www.solid-thueringen.net

[solid] Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexander Str. 28 - 10178 Berlin
tel: (030) 24009 419 - e-mail: info@solid-web.de
web: www.solid-web.de

[solid] Länderrat
Kontakt über BGS - e-mail: laenderrat@solid-web.de

Brainholder Value (Koordination: Heino Windt)
e-mail: bildung@solid-web.de

Kultur & Medien (Koordination: Gregor Mohlberg)
e-mail: km@solid-web.de

[solid] 
die sozialistische jugend



Rouzbeh Taheri: Unser Mann im Parteivorstand

Wie ich beinahe einen III. Weltkrieg provozierte ...

Eine Besonderheit der Mitgliedschaft im Parteivorstand der PDS ist, dass man alle möglichen Aufrufe, Bitten und Einladungen zugeschickt bekommt. Manche davon sind sinnvoll, manche lustig und viele ärgerlich.

Zu den sinnvollen gehören die Einladungen zu den Empfängen. Es gibt meistens leckere Sachen zu essen und zu trinken. Außerdem lernt man interessante Menschen kennen. So wurde ich zu der Eröffnung der Botschaft eines befreundeten europäischen Staates eingeladen. Nach den üblichen Reden wurde endlich das Büffet eröffnet. Beim füttern kam ich mit einem afrikanischen Diplomaten, Wirtschaftsreferent seiner Botschaft, ins Gespräch.

Da ich zufälligerweise während meines Studiums über dieses Land einiges gelernt hatte, wollte ich mit meinen Kenntnissen protzen. So referierte ich kurz über einige wirtschaftspolitische Fehlleistungen älteren Datums. Mein Gesprächspartner wurde immer schweigsamer. Und danach ärgerlich. Wie ich mir anmaßen könne, so über Regierungsentscheidungen eines anderen Landes zu urteilen, fuhr er mich an. Und über-

haupt, seine Regierung hätte keine Fehler gemacht. Und würde nie welche machen. - Mir blieb fast das Essen im Halse stecken. Hatte ich etwa gerade ein EKLAT provoziert? Würden jetzt die Beziehungen abgebrochen?

Unterdessen redete sich der Herr Wirtschaftsreferent in Rage. „Schließlich hat gerade Ihr Parteivorsitzender, der Herr Bundeskanzler, vor Kurzem die guten Beziehungen zu unserem Land gelobt.“, fuhr er weiter über mich her. Da stutzte ich. Mein Parteivorsitzender, der Bundeskanzler? Seit wann ist Gabi Zimmer ein Mann und zudem noch Kanzler? Habe ich etwa die Revolution verschlafen? Sind wir an der Regierung? Als aber mein Gesprächspartner weiter über die Aufgaben einer Regierungspartei referierte, dämmerte mir, dass er anscheinend bei der Vorstellung etwas missverstanden hatte. Er hatte PDS und SPD verwechselt. Das kann schon mal vorkommen, gerade wenn man im Dienste eines Staates ist, der nur eine Partei kennt.

So habe ich kurzentschlossen, selbstverständlich ohne ihn über seinen Fehler aufzuklären, meinen fast vollen Teller im Stich gelassen und mit Hinweis auf ein menschliches Bedürf-

nis das Weite gesucht. Ich war zwar noch nicht satt, aber kurz davor, die Beherrschung zu verlieren. Und auf Empfängen brüllt man ja die Leute nicht an, nicht mal wenn sie so blöd sind.

Sein letzter Satz war: „Beim nächsten Treffen mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes werde ich dieses Gespräch erwähnen!“ - Ich stelle es mir lustig vor, wie er sich über ein Parteivorstandsmitglied der SPD beschweren wird.

Seit diesem Vorfall habe ich drei Grundregeln für den Besuch von Empfängen aufgestellt:

- (1) Gehe niemals zu diplomatischen Empfängen!
- (2) Wenn du doch hingehst, rede nie schlecht über ein Land!
- (3) Wenn du schlecht redest, tue dies nach dem Essen, sonst musst du deinen Teller im Stich lassen!

Als Rolf sein Ich wiederfand...

[darkrond] Bochum. Ruhr-Uni. Asta-Büro. Es ist acht Uhr morgend. Aus studentischer Sicht also mitten in der Nacht. Die Räume gleichen einem Schlachtfeld. Schnarchende und verwahrloste Opfer der letzten Sitzung verteilen sich auf dem kaffeedurchtränkten Boden. Nur einer ist schon wach. Völlig entgegen seiner Gewohnheit sitzt er bereits am Schreibtisch und hämmert die Befehle für die Task Force Brüssel in den Rechner. Die Alpträume der letzten Nacht haben ihm den Schlaf geraubt. Er träumte von BSPR-Sitzungen. Er träumte von unwürdigen Trauerspielen.

Von Bourgeoisie-Brunner wurde er stets nur pro forma zum Schein-Widerstand ermuntert und dann hinterhältig abgebügelt, immer wieder aufs Neue von Cannabis-Carsten um seine Drogen betrogen. Und Reservisten-Ronny gab ihm stets mit der Totschlag-Keule „Kein Geld da“ den Rest. Florena-Florike rieb sich währenddessen die Hände. Und nicht einmal Junkieschwester Jule wußte seine Qualen zu lindern. So wurde er binnen weniger Monate zum defätistischen Reformisten-Rolf erniedrigt. Doch jetzt ist er wieder da: Rolf von den Barrikaden, der Rächer der Exmatrikulierten, der Beschützer von Erstis und studierenden Müttern.



Rolf von den Barrikaden und seine größte Freude...

In bester Harry-Potter-Manier rückt er seinen revolutionären Schlapphut zurecht und murmelt beim Lesen der eMails seine universelle Beschwörungsformel „Verdammte Tat!“ vor sich hin. Er weiß, ohne diesen Zauberspruch ist er verloren. Auf ihn kommt es an und auf ihn kann er sich verlassen. (Das war schon in seiner Kindheit in der Eifel so, wo sie heute noch Ketzer verbrennen!) In dreieinhalb Stunden müssen an den Bustoigen 1¼, 2½ und p die Busse der notorisch unökologischen Streik-Tours GmbH stehen. Und er wird es schaffen! Er wird sie motivieren und antreiben, anflehen und beschwören, die Busfahrer und Studenten, die Mittelbau-Dozenten und den Hausmeister. Pünktlich um elf Uhr dreißig wird sie dann beginnen, die Revolution im universitären Sandkasten. Denn er ist Rolf von den Barrikaden, und er ist wieder da!

Die Sache mit dem Stoiber

[Nick Williams]

Ist Stoiber Demokrat?

Dies mag ja in der CSU anders sein, aber in einer demokratischen Partei ist es eigentlich üblich, dass jemand in ein Amt oder eine Funktion gewählt wird. Stoiber dürfte in dieser Hinsicht eher den Begriff „K-Fragenfrühstück“ prägen. Wo andere Parteien demokratische Wahlen abhalten, werden bei der Union im Allgemeinen und bei Stoiber im Besonderen lieber stille Hinterzimmerabsprachen getroffen. Plebiszite lehnt er jedenfalls ab, aber nur, so lange sie ihm nicht nutzen. So plädierte er in der ZEIT einmal dafür, dass über einen EU-Grundlagenvertrag vom Volk abgestimmt werden müsse. Im selben Interview mit der ZEIT forderte Stoiber ebenfalls, Ländern mit Regierungsbeteiligung der PDS sollte man die Bundeszuschüsse kürzen. Wie sich das mit demokratischen Grundsätzen vertragen würde, sagte er nicht.

Ist Stoiber wirtschaftspolitisch wirklich so kompetent?

Während er den wirtschaftlichen Aufschwung der Region um München herum zwar als seinen Erfolg verkauft, zeigt ein Blick nach Oberbayern und Nordfranken andere Tatsachen: Die Entwicklung dieser Regionen und deren negatives Wirtschaftswachstum, sowie die rapide ansteigende Arbeitslosigkeit wird von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in etwa den „reicheren“ Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns gleichgestellt! (Siehe ARD-Monitor vom 17. 1. 2002)

Ist Stoiber sachlich?

Zum Thema Marihuanakonsum bei Jugendlichen sagte er einmal: „Wir können nicht länger den Tod Tausender Jugendlicher einfach so hinnehmen!“ - No comment.

Ist Stoiber populistisch?

Es ist interessant, wie entscheidend Stoiber, aber auch die Union ihr Verhalten zum Thema APO änderten: Wer erinnert sich nicht an die rassistische Unterschriftenaktion zum Doppelpass? Das war kein Populismus mehr, das war schon eher Volksverhetzung!

Ist Stoiber korrupt?

Waffenhändler Schreiber appellierte in einem Schreiben an Stoiber aus dem Jahr 1997 an die „vielen schönen Stunden, die wir gemeinsam mit F. J. Strauß in München, Südf frankreich und Kreuth verbracht haben.“ (Zitiert aus SÜDDEUTSCHE ZEITUNG) Stoiber machte früher auch gerne Urlaub bei den Holzern in Monaco, gemeinsam mit Strauß. Stoiber behauptet heute, Letzterer habe ihm und seiner Familie diesen Urlaub aufgenötigt. Mal angenommen, dass sei die Wahrheit, und F. J. Strauß konnte ihn zum Urlaub bei dem später im Rahmen der Leuna-Affäre verhafteten Holzer zwingen, wieso setzte Stoiber diese Urlaube auch nach dem Tod von Strauß fort? Wurde er post mortem von Strauss ebenfalls gezwungen, sich von Holzer eine Wohnung in München vermitteln zu lassen? Noch vor kurzem wurde Stoiber mit Kohl beim Biertrinken beobachtet. Aber vermutlich ist es nur ein Zufall, dass sich Stoiber regelmäßig mit Menschen grossen Namens wie Kohl, Holzer, Schreiber und Flick abgibt, die im Wesentlichen eines gemeinsam haben: Sie stehen oder standen fast ohne Ausnahme unter Korruptionsverdacht.

Ist Stoiber rechtsradikal?

Wie bereits erwähnt, er sprach von der gefährlichen „Durchrassung“ und Durchmischung unserer Gesellschaft. An den österreichischen Kanzler Schüssel gab er eine ausdrückliche Koalitionsempfehlung für die FPÖ unter dem rechtsreaktionären Populisten Haider. Mit der FPÖ-Aussenministerin traf er sich bereits zu einem Gespräch. Andere CSU-Mitglieder führten bereits gemeinsam mit Haider Veranstaltungen vor ehemaligen SS-Kameraden durch. Stoiber hat dies den uns vorliegenden Informationen zufolge bislang weder dementiert noch verurteilt. Ebenfalls ein CSU-Mitglied (E. Riedl, Ex-MdB) forderte einmal, Münchens Süden müsse endlich wieder „asylanten-frei“ werden. Die Tatsache, dass Stoiber im Gebirgsjägeranzug der Zugang zum Bundesrat verweigert wurde, dürfte vielleicht auch dem Einen oder Anderen noch in Erinnerung sein. (Verschiedene Quellen, u. a.: DIE ZEIT, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)

Sicherlich ließe sich noch einiges mehr gegen Stoiber anführen. Hier geht es jedoch um messbare Dinge mit gesicherten Quellen aus dem bürgerlichen Funk & Blätterwald. Man muss zu dem Schluss kommen, dass dieser Mann eine Gefahr für die Demokratie und den bürgerlichen Rechtsstaat in der Bundesrepublik ist. Helft deswegen mit, dass Stoiber in die Geschichte eingeht. - Und zwar vor dem 22. September 2002!

Flugzeuge

[Boris T. Kaiser & Alexander K. Girtsios]

Wenn Rudolf auf die Piste geht, die Pilati an seinem Würstchen dreht. Sie treiben's dann beide im Pool, denn Scharping ist schließlich nicht schwul; (und das ist auch gut so).

Die Presse ist davon sehr angetan, von der Partei wird er deswegen angefahren. Wenn Rudi die Badehose anschwillt, hat die Gala das immer im Bild.

Auf Mallorca hat er sein Liebesnest, da gibt er der Gräfin den Rest. Man sieht ihn auf Fotos wie sonst Gina Wild, worauf er meist nach Mazedonien eilt.

Acht Stunden dauerte seine Liaison, das brachte den Steuerzahler aus der Fassung. 400.000 DM kostete dieses Vergnügen, soviel zu billigen Mallorca Flügen.

Sex und Liebe ist es was Rudolf braucht, denn er hat Flugzeuge im Bauch. Wenn Rudolf Scharping feiert in seine Hochzeit rein, bringt Pur die Menge zum spei'n.

Auch die Bundeswehr reagiert verschupft, weil der Minister in der Krise auf die Gräfin hupft. Die Nato sammelt die Waffen ein, und Rudi hält seine in die Kristina rein.

Die UCK ist davon ganz entzückt, und spendet ihre Waffen wie verrückt. Die Nato gesteht keine Schuld ein, der Serbe wirft trotzdem den ersten Stein.

Der Tommy hält den Kopf hinein, da hilft auch kein flehen und schrei'n. Es war eigentlich nur ein Lausbubenstreich, doch britische Köpfe sind einfach zu weich.

Nichts dagegen wenn einer vor Moskau erfriert, doch dieser Soldat hat ganz England blamiert. Er wurde von einem Buben erschlagen, da gibt es nicht viel zu hinterfragen.

Auf seinen Reisen hat Rudolf die Taktik angepriesen, vom Bundestag wurde er dafür zurechtgewiesen. Denn all diese Pläne sind eigentlich geheim, doch „Big Rudi“ singt wie Matthias Reim.

Scharping ist nicht der einzige mit Liebesflügen, Merz und Glos tun sich auch gern vergnügen. Doch Rudi hat ihre Maschine entführt, Merz warnt: Wenn der meinen Dildo anrührt.

Ähnlich empört ist der feine Herr Glos, dabei hat er immer ein Brett in der Hos'. Die Merkel ist sauer weil der Scharping an der Pilati rumwerkelt, dabei hätte sie gerne das er mit ihr rumferkelt.

Und auch die Genossen hauen jetzt auf die Kacke, Clement sagt offen der Typ hat ne' Macke. Der Bodewig ist auch schon geladen, "Ich kann den Typ nicht mehr ertragen".

Doch Rudolf der Eber hat nicht nur gelogen, er hat ihn in die Affäre mit rein gezogen. Scharping ist der 8. Minister, wir sagen Tschüss und Asta la Vista.



im Bauch